Sonnabend, 2. Mai 1925. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 64. Jahrgang. Nr. 101.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Zwei deutsche Reden vor dem Sejm.

Rede des Abgeordneten Daczko von der Deutschen Vereinigung im Sejm zum Budget des Unterrichtsministeriums am 28. April 1925.

Als Abgeordneter der Deutschen Vereinigung im Sejm aus den ehemals preußischen Gebietsteilen muß ich feststellen, daß das Budgetprojekt des Ministeriums für religiöse Bekenntnisse und öffentlichen Unterricht für das Jahr 1925 verschiedene Lücken betr. die Verhältnisse der deutschen Minderheit aufweist. Das Budget für religiöse Bekenntnisse weist zusammen eine Ausgabe von 18 365 042 zł auf, nämlich für das römisch-katholische Bekenntnis 16 785 912 zł, also 91,94 Prozent, und für alle übrigen Bekenntnisse zusammen 1 579 130 zł, das sind 8,06 Prozent, was eine Beeinträchtigung der Minderheiten bedeutet, die in Polen wenigstens 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Für die evangelischen Bekenntnisse sollen die Ausgaben 466 588 zł jährlich betragen. Unter der Voraussetzung, daß die evangelische Bevölkerung in Polen etwa 5 Prozent beträgt, müßten die Ausgaben 918 252 zł betragen. Das bedeutet eine Benachteiligung dieser Bevölkerung etwa um 451 864 zł jährlich. Die evangelisch-unierte und alt-lutherische Kirche haben bisher zur Bestreitung von sachlichen und persönlichen Ausgaben seit dem Bestehen des polnischen Staates auch nicht einen Groschen erhalten. In einem Anhange zu dem Etat, der mir in den letzten Tagen zugegangen ist, sind auch Staatsbeihilfen für die alt-lutherische und evangelisch-unierte Kirche vorgesehen. Sie sollen auch in den Vorjahren in dem Etat eingestellt gewesen sein. Warum sind diese Beihilfen nicht ausgezahlt? Ist der Herr Minister bereit, diese Beihilfen für die verflossene Zeit zur Zahlung an das evangelische Konsistorium in Posen anweisen zu lassen, und wird er veranlassen, daß die Beihilfen für das Jahr 1925 terminmäßig zur Zahlung angewiesen werden? Warum sind dem Herrn Generalsuperintendenten Bursche in Warschau 1400 Punkte und dem Herrn Generalsuperintendenten D. Blau in Posen nur 1100 Punkte zuerkannt worden?

Die polnische Regierung hat als Rechtsnachfolgerin der preußischen Regierung die früheren staatlichen Verpflichtungen auch der evangelischen Kirche gegenüber übernommen. Während die Regierung alle ihre Verpflichtungen gegenüber der römisch-katholischen Kirche erfüllt hat, hat sie sie der alt-lutherischen und der unierten Kirche gegenüber völlig vernachlässigt. Das Budget in bezug hierauf ein durchaus falsches Bild, da die Ausgaben für alle evangelischen Bekenntnisse in eine Summe zusammengezogen sind. Wir müssen für die Zukunft fordern, daß die Ausgaben für die evangelisch-augsburgische, die reformierte, die alt-lutherische und die evangelisch-unierte Kirche gesondert und genau aufgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit muß ich an die Bedrückung der evangelisch-unierten Kirche in den ehemals preußischen Gebietsteilen bezüglich der Behandlung der evangelischen Geistlichen erinnern. Etwa dreißig sind ausgewiesen, weil sie nicht das polnische Staatsbürgerrecht besaßen. Obgleich andere Gründe nicht vorlagen, sind sie unter dem Vorwande ausgewiesen worden, weil sie sich mit einer antistaatlichen Politik beschäftigt haben sollen. Es sind aber in keinem Falle genaue Beweise dafür erbracht worden. Das Konsistorium in Posen hat nicht nur keine Beihilfen vom Staate erhalten, es ist im Gegenteil vom Herrn Wojewoden in Posen aufgefordert worden, für die Benutzung der Gebäude, die lediglich für die Zwecke des evangelischen Konsistoriums in Posen von der preußischen Regierung erbaut und vom Konsistorium jahrzehntelang benutzt worden sind, Miete zu zahlen. In welchem Maße die Regierung durch ein solches Vorgehen sein Ansehen im Auslande untergräbt, wird die Zukunft lehren. Man kann eine solche Behandlung von Evangelischen als Toleranz nicht bezeichnen. Es könnte der Einwurf gemacht werden, das Verhältnis unserer Kirche zum Staate wäre noch nicht geregelt. Ist es denn bei den anderen Bekenntnissen der Fall? Das trifft noch nicht einmal für die die erste Stelle in Polen einnehmende katholische Kirche zu, da erst der Senat in seiner letzten Sitzung das Konkordat beraten und angenommen hat. Unsere Gesetzentwürfe zur Regelung dieser Verhältnisse liegen seit länger als einem Jahre im Ministerium für religiöse Bekenntnisse. Herr Minister Miklaszewski hat mir wiederholt eröffnet, diese Angelegenheit sei dringend und werde bald erledigt sein. Wir können ja weiter warten.

Ich gehe zu der deutschen Schulnot in Posen und Pommerellen über, die in unseren zahlreichen Interpellationen seit Jahren dem Unterrichtsminister unterbreitet und in fast allen Fällen abschlägig beantwortet worden sind. Kein Unterrichtsminister hat es für nötig befunden, auch nur einen einzigen Fall durch einen Referenten des Ministeriums an Ort und Stelle untersuchen zu lassen. Es wird uns gleichmäßig nur auf den Bericht der nachgeordneten Schulbehörden geantwortet. Diese haben immer recht und wir unrecht.

Wie die Verwaltung des Schulwesens und die Behandlung und Erziehung der Kinder in den polnischen Gymnasien Pommerellens aussieht, davon hat uns der Thorner Schulprozeß ein erschreckendes Bild gegeben. Daß man dort bei der Erziehung der Kinder mittelalterliche Zuchtmittel anwendet, ist bezeichnend für die Unfähigkeit der Schulleiter und der Vertreter des Kurators in Thorn. Wir knien nur vor dem Heiligsten, darum ist es barbarisch und im höchsten Grade unpädagogisch, Schulkinder zur Strafe an dem Katheder des Lehrers knien zu lassen. Wenn schon die Verwaltung polnischer Schulen uns ein solches Bild darbietet, was hat da die deutsche Minderheit von der Organisierung und Verwaltung der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache von einem Renegaten wie Dr. Riemer zu erwarten. Hoffentlich hat die Zentralregierung für ihn eine andere, seinen Fähigkeiten angemessene Stelle ermittelt. Ich möchte nun auf den Inhalt einer von unserem Klub am 22. 10. 1924 eingebrachte Schulinterpellation uns zugegangenen Antwort am 11. Januar 1925 Nr. 4702/S 24 näher eingehen, und sie in den wichtigsten Punkten niederlegen. Tatsache ist und bleibt es, daß Tausende von Kindern deutscher Nationalität zum Besuch polnischer Schulen gezwungen werden, mehr in Pommerellen als in Posen nur aus bösem Willen und Mangel an einer guten Organisation. Unsere Vorschläge bleiben völlig unbeachtet, weil wir eigentlich nichts von einer Schulorganisation verständen.

Die Behauptung, daß man die Kinder, die jetzt polnische Schulen besuchen müssen, nicht in deutsche Schulen überweisen könne, weil die Länge der Schulwege 4 Kilometer übersteigen, ist in den meisten Fällen nicht zutreffend. Eine genaue Durchsicht unserer praktischen Vorschläge hätte davon schon überzeugen müssen, wie die gegebenen Beispiele aus den Kreisen Schubin, Culm und Graudenz es darlegen. Das Ministerium gibt anderseits selber zu, daß deutsche Kinder, die polnischen Schulen zugeteilt sind, einen Schulweg von 5—6 Kilometer zurücklegen, es wären dies aber nur Ausnahmen. Es bleibt also die traurige Tatsache bestehen, daß deutsche Kinder in polnische Schulen gehen müssen, obwohl die deutsche Schule oft nur 1—2 Kilometer entfernt ist, während anderseits deutsche Kinder gezwungen sind, den ungesetzlichen Schulweg von 5—6 Kilometern in polnische Schulen zurückzulegen.

Der Herr Minister lehnt die Gründung von Sammelschulen ab, weil dazu eine gesetzliche Grundlage nicht vorliegt. Ist dem Herrn Minister nicht der Versailler Friedensvertrag bzw. Minderheitenschutzvertrag bekannt? Dort heißt es in Art. 9: „In bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen soll die polnische Regierung in den Städten und Bezirken, wo in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsbürger mit einer anderen Sprache als der polnischen wohnen, angemessene Erleichterungen gewähren, um sicher zu stellen, daß in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird." Die Kuratorien interpretieren mit Bezirken, Dörfern, Ortschaften. Das ist falsch. Es sollen nach dem Friedensvertrage mehrere Ortschaften, mehrere Dörfer zu einem Bezirk zum Zwecke der Errichtung einer Minderheitsschule gebildet werden. Diese Bestimmung darf durch kein Gesetz, keine Verordnung und keine Maßnahmen der Behörde abgeändert werden.

Nach der Verordnung für die ehemaligen preußischen Gebietsteile vom 20. 3. 1920 ist die Gründung von konfessionellen Schulen vorgesehen. In der Bestimmung dieser Verordnung ist die gesetzliche Möglichkeit zur Gründung von öffentlichen Sammelschulen gegeben. Der Herr Minister behauptet nun, diese Verordnung habe in den gegebenen Artikeln durch das später ergangene Gesetz am 17. Februar 1922 über die Gründung und Unterhaltung öffentlicher Volksschulen ihre Gesetzeskraft verloren. Art. 18 besagt, daß die Schulen der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll. Warum ist dieses Gesetz noch nicht eingebracht worden, wir warten auf dasselbe nunmehr schon länger als 3 Jahre. Solange ein solches Gesetz nicht besteht, darf das Gesetz vom 17. 2. 1922 nicht auf die deutschen Minderheitsschulen Anwendung finden. Die uns durch die Verordnung des Herrn Ministers gewährleisteten Rechte der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder wird von den nachgeordneten Schulbehörden in vielen Fällen nicht beachtet. Dafür einige Beispiele. Der Lehrer Schroth in Naklo, deutscher Nationalität, der einige Zeit auch an der deutschen Privatschule in Znin tätig war, wurde von dem Kreisschulinspektor in Naklo gezwungen, seine Tochter in die polnische Volksschule zu schicken, obgleich eine deutsche Volksschule bestand. Er wird nun seit 1½ Jahren dauernd mit Schulstrafen belegt, obgleich er sein Kind in die deutsche Privatschule in Znin schickte oder als Lehrer ihr selbst Unterricht erteilte. Wiederholte Beschwerden an den Herrn Minister blieben ohne Erfolg. In Dzialdowo besteht nur eine deutsche Volksschule. Die Landschulen sind sämtlich polnisch. Es gibt Orte, in denen 50—90 Kinder deutscher Nationalität Schulen mit polnischer Unterrichtssprache zugeführt werden.

Fortgesetzte Beschwerden der Eltern an das Kuratorium blieben unberücksichtigt. In diesem Kreise entscheidet über die Nationalität der Herr Wojewode, nicht aber die Eltern.

Die deutschen Privatschulen in Posen und Pommerellen erhalten entgegen den Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages Art. 9 keine staatlichen Beihilfen.

Keine der vielen deutschen Privatschulen in Posen und Pommerellen besitzt das Öffentlichkeitsrecht. Unsere, an den Herrn Minister im Verfassungsgebenden Sejm und im jetzigen Sejm eingebrachten Anträge werden abgelehnt, namentlich von seiten der Rechtsparteien. Während die Kinder der Bürger polnischer Nationalität auf den staatlichen Eisenbahnen große Fahrpreisermäßigungen genießen, müssen die Kinder deutscher Nationalität, die auswärtige Schulen zu besuchen gezwungen sind, den vollen Fahrpreis bezahlen. Die Eltern deutscher Nationalität sind wohl beim Zahlen ihrer Staatssteuern gleichberechtigte Staatsbürger, bei Gewährung von Vergünstigungen wird ihnen die Gleichberechtigung abgesprochen.

Für die Ausbildung eines ausreichenden Lehrerersatzes für die deutschen Volksschulen wird seitens des Unterrichtsministers nicht Sorge getragen. Das simultane Lehrerseminar in Graudenz ist als deutsche Anstalt nicht mehr anzusehen, da die Unterrichtssprache in fast allen Lehrfächern, auch im evangelischen Religionsunterricht, die polnische ist. Wir müssen die grundsätzliche Forderung erheben, daß an deutschen Schulen die Lehrer der Konfession und Nationalität der von ihnen zu unterrichtenden Kinder angehören müssen. Unsere Forderungen gründen sich auf den Friedens- und Minderheitenschutzvertrag. Wir werden im Kampfe um unsere Rechte nicht erlahmen, bis uns die in der Verfassung gewährleistete Kulturautonomie zuteil wird. Das polnische Volk muß aus seinem Leben unter 150jähriger Fremdherrschaft, also aus der Geschichte, die Erkenntnis schöpfen, daß sich ein Kulturvolk nicht seiner Sprache und seines Volkstums berauben läßt. Wir führen als polnische Bürger deutscher Nationalität einen gerechten Kampf mit geistigen Waffen. Was die Deutschen in Estland erreicht haben, die Kulturautonomie, durch welche ihnen die kulturelle Entwicklung, die Selbstverwaltung in der Schule gegeben ist, streben wir auch an. Das ist der Grundsatz, auf dem sich der Versailler Friedensvertrag aufbaut, das ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Selbst, wenn es noch solange dauern sollte, wir werden es erreichen, und der Sieg wird unser sein!

Aus den obigen Gründen werden wir gegen das Budget stimmen

Rede des Abgeordneten Kranczyrski

am 28. April 1925 über oberschlesische Schulangelegenheiten bei der Budgetberatung über den Schuletat in Warschau.

Hoher Sejm! In Schlesien regelt die Genfer Konvention die Schulangelegenheiten der Minderheiten. Getragen vom Geiste der Gerechtigkeit, hat diese Konvention genau die Zahlen der Anträge festgesetzt, die erforderlich sind für die Gründung von Minderheitsschulen, Parallelklassen, Erteilung von Sprach- oder Religionsunterricht für die Minderheiten. Auf Grund dieser Konvention haben einzig und allein die Eltern das Recht, mündlich oder schriftlich zu erklären, welches die Unterrichtssprache ihrer Kinder sein soll. Schulbehörden haben sich jeder Einwirkung zu enthalten, welche die Zurücknahme von Anträgen auf Schaffung von Minderheitsschulen oder Schuleinrichtungen bezweckt.

Aber wie werden diese Bestimmungen bei uns respektiert?

Im Gegensatz zu diesen Vereinbarungen agitieren polnische Schulleiter gegen deutsche Schulen und werden dafür nicht zur Verantwortung gezogen, während deutsche Lehrer sofort entlassen werden, sobald sie sich für die Gründung oder Vermehrung von Minderheitsschulen betätigen.

Nach dem Genfer Vertrag soll der Unterricht in den Minderheitsschulen und Minderheitsklassen grundsätzlich nur solchen Lehrkräften anvertraut werden, welche zu dieser Minderheit gehören. In Oberschlesien unterrichten jedoch in deutschen Schulen polnische Lehrer, und man zwingt deutsche, Unterricht in polnischen Schulen zu erteilen. Dabei ist es selbstverständlich, daß in den deutschen Schulen der polnische Sprachunterricht am zweckmäßigsten polnischen Lehrern zu überlassen ist, weil von ihnen die größten Erfolge zu erwarten sind. Im Widerspruch zur Genfer Konvention erteilen in deutschen Minderheitsschulen und -klassen Religionsunterricht nur Geistliche, die polnisch orientiert sind, obwohl deutsche Geistliche zur Verfügung standen. Gerade der Religionslehrer muß, um erfolgreich unterrichten zu können, das Vertrauen der Kinder besitzen, und dieses konnten sich nicht alle erwerben.

Wie liegen die Dinge in den höheren Minderheitsschulen bei uns? Damit eine genehmigte Klasse weiter bestehen kann, sind zum mindesten 15 Schüler erforderlich. Welche Mittel wendet man an, um Klassen zu schließen? Man erschwert die Aufnahme, um die vorgeschriebene Anzahl unmöglich zu machen. Ist eine Minderheitsschule mit einer Mehrheitsschule in ein und demselben Gebäude untergebracht, so muß die Minderheitsschule einen eigenen Direktor erhalten, wie es im französischen Wortlaut der Genfer Konvention heißt. Dem Direktor der Mehrheitsschule steht das Recht der gesamten inneren Verwaltung zu, aber dem Direktor der Minderheitsschule müßte überlassen bleiben das Recht der Aufnahme von deutschen Kindern und das Recht der Ausstellung von Zeugnissen. Bei der Ausübung dieser Rechte wird er aber von dem polnischen Direktor behindert. In Kattowitz haben wir ein Lyzeum, dessen Eröffnung staatlich genehmigt worden ist; einen eigenen Direktor hat aber diese Anstalt noch nicht.

Für die Eröffnung eines Lyzeums mit deutscher Unterrichtssprache in Königshütte liefen im verflossenen Jahre mehr als 300 Anträge ein. Angesichts dieser Tatsache hatte der Magistrat die Pflicht, die Schule zu eröffnen. Mit Hilfe des polnischen Direktors wurden aber nur 297 Anträge angenommen, wobei die Anträge auswärtiger Eltern nicht berücksichtigt wurden, obwohl man beim polnischen Lyzeum nach diesem Grundsatz nicht verfuhr. Die Lehrpersonen in den Parallelklassen des Königshütter Lyzeums entsprechen in ihrer Zusammensetzung nicht den Vorschriften, die für Lyzeen gelten: nur ein einziger Akademiker ist dort beschäftigt, und auch diesem ist gekündigt worden, obwohl es ungewiß ist, ob ein Nachfolger für ihn zu finden sein wird. Aus der Plebiszitzeit gab es in Schlesien viele Lehrkräfte mit voller Lehrbefähigung, die zum Teil das polnische Bürgerrecht besaßen und sich große Mühe gaben, die polnische Sprache vollständig zu erlernen, aber fast alle wurden auf die Straße gesetzt, obwohl sie in hohem Grade qualifiziert waren.

Den deutschen Privatschulen wenden manche Visitatoren eine „ganz besondere Aufmerksamkeit" zu. Fordern müssen wir, daß auch Schüler dieser Schulen ohne Unterbrechung polnischen Sprachunterricht erhalten. Es hat selbstredend das Provinzialschulkollegium in Kattowitz das Recht, Lehrbücher zuzulassen oder abzulehnen, aber entsprechende Verordnungen müssen vor Schulanfang herausgegeben werden, nicht mitten im Schuljahr, wie es vorgekommen ist, weil dadurch den Eltern unnötige Ausgaben entstehen. Wenn Privatminderheitsschulen öffentliche Schulen ersetzen, so haben diese nach der Genfer Konvention ein Anrecht auf staatliche Unterstützung. Daraus geht hervor, daß Fahrschüler, welche auf dem Wege zur Schule die Eisenbahn benutzen müssen, Anspruch haben auf Ermäßigung des Fahrkartenpreises.

Es ist ein heiliges Recht, das im Naturgesetz begründet ist, daß jeder Vater selbst zu entscheiden hat, in welcher Sprache sein Kind zu erziehen ist. In Oberschlesien haben wir eine bunt zusammengewürfelte Bevölkerung, deren Ahnen aus verschiedener Herren Länder stammen. Wir begegnen dort Familiennamen polnischen, deutschen, tschechischen, französischen, italienischen, litauischen und anderen Ursprungs. Ist es möglich, jedes Kind in der Sprache seiner Ahnen zu unterrichten? Trotzdem fordert man in Schlesien, daß nur die Kinder von Eltern mit deutschen Namen die Minderheitsschulen besuchen, alle anderen aber die polnischen. Mit Terror und Gewaltakten versucht man diejenigen einzuschüchtern, welche eine Minderheitsschule beantragen. Mit derartigen Mitteln erweist man aber dem Staate einen sehr schlechten Dienst und sabotiert den Genfer Vertrag.

Wir Oberschlesier deutscher Gesinnung haben nicht nur auf Grund der Genfer Konvention und der Konstitution das gleiche Recht wie unsere polnischen Mitbürger, sondern diese Gleichberechtigung haben wir uns auch verdient durch unsere Leistungen. Auch wir tragen die ungeheure Steuerlast, auch wir haben in der Zeit der Inflation auf den Altar des Staates unser Scherflein gelegt und dadurch wesentlich zur Sanation der Finanzen beige-

tragen. (Zwischenruf Albin Nowicki: Wie ist es auf der anderen Seite?) Auch in Deutsch-Oberschlesien gelten die Bestimmungen des Genfer Vertrages. Hier im Sejm ist einmal die Behauptung aufgestellt worden, daß es in Deutsch-Oberschlesien nur eine Minderheitsschule gäbe. In Wirklichkeit existieren dort jetzt ungefähr 40 Minderheitsschulen mit polnischer Sprache. (Neuer Zwischenruf des Albin Nowicki: „Wer unterrichtet denn dort?") Antwort: Die Lehrer, welche dort den Unterricht erteilen, müssen zuerst eine Prüfung ablegen in der polnischen Sprache, wobei ein polnischer Vertreter der Gemischten Kommission zugegen ist.

In Oberschlesien sehnen wir uns nach dem Frieden. Aber diesen Frieden kann uns einzig und allein nur die peinlichste Erfüllung des Genfer Vertrages bringen. Wir haben bis jetzt volles Vertrauen zu unserem Wojewoden, aber wenn untergeordnete Beamte, Privatpersonen oder fanatisierte Weiber den Genfer Vertrag sabotieren, dann fordern wir, daß sie zur Verantwortung gezogen werden.

Großes Eisenbahnunglück im sogenannten Korridor.

Der D-Zug Eydtkuhnen–Berlin entgleist, — 30 bis 40 Tote.

Berlin, 1. Mai. Das W. T.-B. gibt aus Schneidemühl eine Sonderfunkmeldung über ein großes Eisenbahnunglück. Die Meldung lautet: Der D-Zug Eydtkuhnen—Berlin ist heute morgen 1 Uhr im polnischen Korridor zwischen den Stationen Swaroschin und Preußisch-Stargard auf freier Strecke entgleist, wobei die Lokomotive und mehrere Wagen den ziemlich steilen Abhang hinunterstürzten. Wie von Reisenden gemeldet wird, steht nur noch der Schlafwagen und ein Wagen I. Klasse. Nach Angaben von Reisenden soll die Anzahl der Toten 30 bis 40 betragen. Die Zahl der Verwundeten wird auf 40 geschätzt. An der Entgleisungsstelle macht der Bahnkörper eine große Kurve. Mit Polen sind vorläufig alle Verbindungen unterbrochen, da die Leitungen durchgerissen sind. An deutschen Stellen liegt noch keine amtliche Meldung vor.

Bericht eines Augenzeugen.

Schneidemühl, 1. Mai. Ein mitfahrender Reisender, ein Oberingenieur aus Danzig, gibt folgenden Bericht über das Eisenbahnunglück: „Kurz vor dem Einfahrtssignal von Preußisch-Stargard, wo sich eine Böschung von 6 Meter Höhe befindet, merkte ich plötzlich einen kräftigen Ruck. Der Wagen, in dem ich mich befand, geriet ins Schwanken und stürzte die Böschung hinab. In einem zersplitterten Wagen waren verschiedene Personen eingeklemmt, die erst mittels Werkzeugen aus ihren Lage befreit werden konnten.

In dem Augenblick des Sturzes hatten wir alle das Bewußtsein verloren. Als ich mein Bewußtsein wieder erlangt hatte, schritt ich über 6 bis 8 Tote hinweg zur Lokomotive. Sie lag umgekehrt, mit den Rädern nach oben. Bedauerlicherweise waren ¾ Stunden nach dem Unglück noch keine Rettungsmannschaften zur Stelle. Wir fuhren mit einem polnischen Hilfszug nach Preußisch-Stargard und von dort nach Schneidemühl."

Danzig, 1. Mai. Es wird gemeldet: „Von dem verunglückten D-Zug Eydtkuhnen-Berlin wurden zwei Wagen 3. Klasse vollkommen zertrümmert. Die beiden Wagen waren stark überfüllt. Bei der Entgleisung des Zuges wurde der vierte Wagen in den dritten hineingestoßen, die letzten Wagen sind ebenfalls vollkommen zertrümmert. Von den Verletzten ist ein Teil in das Dirschauer Krankenhaus, der andere Teil in das Stargarder Krankenhaus gebracht worden. Wahrscheinlich ist der Unglücksfall auf einen frevelhaften Anschlag zurückzuführen, indem an den Schienen die Muttern von den Bolzen gelöst und die Bolzen herausgezogen wurden."

Kostenlose Visa.

Berlin, 1. Mai. Die hiesige polnische Gesandtschaft, Kurfürstenstraße 139, hat sich bereit erklärt, den Angehörigen der bei dem Eisenbahnunglück im polnischen Korridor Verunglückten erforderlichenfalls das Eisenbahnvisum sofort kostenlos zu erteilen.

Eine Erklärung der Posener Eisenbahndirektion.

Wie uns die Posener Eisenbahndirektion auf unsere Anfrage zu dem Unglück mitteilt, soll das Unglück auf einen kommunistischen Anschlag zurückzuführen sein.

Die Schienen waren an der Unglücksstelle nach der Mitteilung der Eisenbahndirektion ausgeschraubt. Die Anzahl der Toten soll 39 betragen.

Der „Kurjer" wird verurteilt.

Auch die polnische Presse ruft: „An den Pranger!"

Im „Dziennik Poznański" lesen wir:

Die Mäßigung ist nicht nur Sache der Kultur, sondern auch des Geschmackes. Witz und Satire sind zweifellos wertvolle Dinge, aber ohne Geschmack sind sie mindestens ... unschmackhaft. Schon der selige Fredro sagte, daß man den Witz wie Salz gebrauchen solle, weil man sonst leicht versalze. Als aber ein schlechter Koch sich an das Salzen der Speisen eines der Posener Blätter machte, ist dort der Leser sogleich zur Unverdaulichkeit verurteilt worden. Im gestrigen „Kurjer Poznański" ist auf Seite 8 eine Karikatur" unter dem Titel „Germania bez osłonek" (Germania im wahren Lichte) erschienen. Wir gratulieren der Phantasie! Das Organ vom swiętu Marcin, das sich oft bemüht, der Mentor in der Frage des Geschmackes und des Stiles zu sein, hat seine inaugurationellen „Illustrationen" im wahrhaft „Chwalischewoer" Stil versalzen. Es geht uns natürlich nicht darum, für den Herrn Präsidenten des Deutschen Reiches Partei zu ergreifen. Aber das Zeigen seiner Hinterbacken als politische Satire, — nein, meine Herren — das riecht nach einer Küche ... die allenfalls nicht polnisch ist.

Es gibt bestimmte Grenzen des guten Geschmackes, die man selbst unter dem Einfluß des Anfachens des Nationalismus nicht überschreiten darf. Das Niveau der letzten „Karikatur" ist nicht einmal für den „Szczutek" oder die „Mucha" geeignet. Jedenfalls eignet sie sich nicht für die Spalten einer Presse, die als Schiedsrichter des guten Geschmackes gelten will.

Vom Sejm.

Der Sejm trat gestern in die Erörterung des Budgets des Innenministeriums ein. Der Berichterstatter Abg. Rusinek von der Piastenpartei bemerkte, daß bei der Polizei 36 900 Personen seien, deren Unterhaltungskosten 3 Zloty pro Kopf der Bevölkerung ausmachen, was 4,6 Prozent der Ausgaben für die Verwaltung darstelle. Aus der Statistik gehe hervor, daß auf jeden Polizisten die Erledigung von 34 Vergehen entfalle, und wenn jedes dieser Vergehen von einem anderen Bürger begangen würde, jeder Fünfzehnte ein Verbrecher wäre. Die Besoldung der Polizei sei sehr niedrig. Ein Schutzmann erhalte ungefähr 114 Zloty monatlich. Einen verhältnismäßig großen Prozentsatz der Ausgaben verschlinge die Grenzpolizei. Man gebe für die Bewachung der Ostgrenze 64 Millionen Zloty aus und für die Sicherheit des übrigen Teiles Polens 36 Millionen. Was den Generalgesundheitsdienst betreffe, so werden für diesen Zweck 10 Millionen Zloty ausgegeben, doch sei auch diese Ausgabe im Vergleich zu anderen Staaten gering. In der Tschechoslowakei entfallen z. B. auf den Einwohner 2 Zloty, während in Polen 48 Groschen kämen.

In der Diskussion kritisierte der Abg. Prager von der Sozialistenpartei in scharfer Weise die Tätigkeit des Innenministeriums und beklagte sich über die Tätigkeit der Polizei, die seiner Meinung nach brutal und zugleich unfähig sei. Zum Schluß bringt er einen Antrag ein, auf Streichung von 100 Zloty aus dem persönlichen Etat des Ministers zum Zeichen des Mißtrauens.

Abg. Kozłowski vom nationalen Volksverband besprach die Tätigkeit des Ministers im Bereich des Gesundheitsdienstes. Er berührte die Frage der Reisen ins Ausland und stellte fest, daß aus der einschränkenden Verordnung der Regierung eine bestimmte Pflicht erwachse, denn, wenn die Bürger inländische Kurorte besuchen sollen, dann dürften dieselben den ausländischen nicht nachstehen.

Abg. Grünbaum vom jüdischen Klub kritisierte die Tätigkeit des Ministers im Bereich des Sicherheitsdienstes und klagte über die Polizei und ihr Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung. Zum Schluß erklärte sich der Redner gegen das Budget.

Nach der Pause gaben die Abg. Jeremicz (Klub der Weißrussen) und Podhorski (Klub der Ukrainer) ebenfalls Erklärungen gegen das Budget ab.

Der Abg. Holeksa von der christlichen Demokratie griff den Minister Thugutt an und warf ihm vor, daß er in der Zeit seines Aufenthaltes in den östlichen Wojewodschaften Verwaltungsverordnungen herausgegeben habe, ohne zugleich die Verantwortung gegenüber dem Sejm zu übernehmen. Der Redner erklärte dann, daß die östlichen Wojewodschaften jetzt einer elastischen Verwaltung und auch großer Investitionen und der Belebung des Wirtschaftslebens bedürften, um sie hinsichtlich jeglicher zivilisatorischer Einrichtungen den übrigen Gebieten des Staates anzupassen. Zum Schluß forderte der Redner die Regierung auf, die Mißstände in der oberschlesischen Verwaltung, die sich dort eingeschlichen hätten, zu beseitigen.

Abg. Bogusławski von der Wyzwoleniegruppe bemerkte, daß die Verwaltung der Bevölkerung zusetze. Die Fehler des Ministeriums verheimliche selbst der mit ihm sympathisierende Berichterstatter Rusinek nicht.

Abg. Geistlicher Wyrzbowski führte aus, daß man die Innenpolitik in Polen vielleicht guten fähigen Leuten anvertraue, aber ohne deutliches politisches Antlitz und ohne administrielle Fähigkeit. Die Vorwürfe der Linken über die allzu große Zahl der Polizei sei nicht begründet. Man spreche viel davon, daß die Polizei brutal sei, aber man höre kein Wort von der Sejmtribüne, das an die Bürger gerichtet wäre, daß man auch die Polizisten nicht schlagen und töten dürfe.

Der Abg. Popiel von der nationalen Arbeiterpartei riet dem Innenminister, zurückzutreten. Die nächste Sejmsitzung findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

Ein oberster Wirtschaftsrat in Polen.

In der vergangenen Woche wurde im Wirtschaftsrat der Gesetzentwurf über den vorläufigen obersten Wirtschaftsrat erörtert. Der Premier Grabski eröffnete die Beratungen mit der Erklärung, daß im Sinne der Verfassungsvorschriften ein oberster Wirtschaftsrat entstehen soll. Da die sofortige Einberufung dieser Institution unmöglich ist, da bisher keine Selbstverwaltungen der einzelnen Gebiete des Wirtschaftslebens berufen wurden, ist vom Sekretariat des Wirtschaftskomitees des Ministerrates das Projekt eines vorläufigen obersten Wirtschaftsrates ausgearbeitet worden. Solche Räte bestehen schon in Frankreich und Deutschland, und ihre Hauptaufgabe besteht darin, allen Gruppierungen, die verschiedene Gebiete und verschiedene Richtungen des Wirtschaftsgedankens vertreten, das Wort zu geben. Im Projekt ist der Rat mit einer Zusammensetzung von 100 Personen vorgesehen.

Der Gesetzentwurf ist folgender:

Artikel 2 des Entwurfs sieht folgende Berechtigungen des Rates vor: 1. die Durchführung von Untersuchungen und Rundfragen und die Veröffentlichung ihrer Resultate über den Stand und die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens im Staate, sowie über Mittel, die zur Hebung nötig sind. 2. Der Rat ist berechtigt, der Regierung Anträge zu unterbreiten, die die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens im Staate und das Programm der Wirtschaftspolitik des Staates betreffen; 3. alle auf Betreiben der Regierung oder des Sejm ausgearbeiteten Gesetzentwürfe, die das Wirtschaftsleben im Staate, sowie finanzielle und soziale Fragen betreffen, die auf das Wirtschaftsleben unmittelbar einwirken, vor ihrer Einbringung im Sejm zu begutachten; 4. mit der Regierung bei den Vorbereitungen zum Abschluß von Handelsverträgen in einer von der Regierung bestimmten Weise mitzuwirken; 5. die Meinung zu äußern in allen Angelegenheiten, in denen sich die Regierung an den Rat um seine Meinung wenden wird.

Artikel 3 sagt, daß Anträge des vorläufigen obersten Wirtschaftsrates Gegenstand der Entscheidung der Regierung sein müssen, die dem vorläufigen obersten Wirtschaftsrat innerhalb eines Monats vom Datum des Einlaufens des betr. Antrages zur Kenntnis gegeben werden muß.

Artikel 4 sieht vor, daß der vorläufige oberste Wirtschaftsrat sich aus 100 Mitgliedern zusammensetzen soll, die für zwei Jahre widerruflich von Vereinigungen und Institutionen gewählt werden, die vom Ministerrat bestimmt sind.

Artikel 5 projektiert eine zahlenmäßige Verteilung der Mandate unter die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel, Transport, Kreditinstitutionen, städtisches immobiles Kapital, Handwerk, Lohnarbeit, Konsumenten, freie Berufe und Vertreter der Wissenschaft.

Laut Gesetz ist der Finanzminister Vorsitzender des Rates. Die beiden Vizevorsitzenden, sowie die Hauptkommission, die sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzen soll, soll der Rat aus seiner Mitte wählen. Den Generalsekretär des Rates soll der Staatspräsident auf Antrag des Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit dem Finanzminister ernennen. Gutachten und Anträge soll der Rat mit einer Zweidrittelmehrheit unter Anwesenheit von nicht weniger als der Hälfte aller Mitglieder beschließen. An den Sitzungen des Rates können mit beratender Stimme auf Einladung des Vorsitzenden oder des Vizevorsitzenden des Rates Sachverständige außerhalb der Mitglieder des Rates teilnehmen. Die Minister für Finanzen, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeit, öffentliche Arbeiten, Eisenbahn und Heer delegieren je zwei Sachverständige zum Wirtschaftsrat. Die Minister, sowie die Kommissionen des Sejm und des Senats haben das Recht, durch ihre Vertreter an allen Sitzungen des Rates und seiner Kommissionen teilzunehmen, ohne die geheimen auszuschließen. Die Sitzungen der Generalversammlungen des Rates sind öffentlich, doch kann der Vorsitzende des Rates die Nichtöffentlichkeit der Sitzung anordnen und muß es auf Verlangen des Regierungsvertreters oder auf Grund eines Beschlusses tun, der mit absoluter Stimmenmehrheit angenommen wird. Der vorläufige oberste Wirtschaftsrat soll im Jahre 4 ordentliche Sessionen abhalten. Wenn die Notwendigkeit eintritt, außerordentliche Sitzungen einzuberufen, dann kann es der Vorsitzende des Rates aus eigener Initiative oder auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Rates in einem nicht späteren Termin als einem Monat tun.

Nach Verlesung des Gesetzentwurfs bemerkte der Premier, daß es kein Regierungsentwurf sei, sondern daß der Entwurf im Sekretariat des Wirtschaftskomitees des Ministerrates ausgearbeitet sei, und daß die Meinung der Regierung nach Anhören der Meinung der Versammelten formuliert werden werde. Eins der wichtigsten Dinge sei die Zusammensetzung des Rates. Es habe sich um eine Proportionalisierung der Vertreterschaft der einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens gehandelt, die keinen Wirtschaftszweig majorisiert.

In der Diskussion sprach man über die Kompetenzen des Rates, seine Zusammensetzung und seinen Tätigkeitsbereich. Der Premier stellte darauf zusammenfassend sehr große Abweichungen in den Meinungen hinsichtlich der Berechtigungen des Rates und seiner Zusammensetzung fest und vertagte die weitere Diskussion um zwei Wochen mit der Bestimmung, daß die Versammelten zur nächsten Sitzung schon mit schriftlichen Erklärungen der vertretenen Organisationen kommen.

Republik Polen.

Der 1. Mai.

Die „Agencja Wschodnia" meldet aus Warschau: Der Regierungskommissar Jarmułowicz, dem die Sorge für die Sicherheit der Stadt Warschau obliegt, versicherte, daß der 1. Mai in Warschau ruhig verlaufen werde. Angesagt ist eine Versammlung der Sozialistenpartei auf dem Plac Teatralny, wo sich ein Umzug formieren wird. Im jüdischen Viertel ist eine Versammlung des Bundes angesagt, der die Garantie gab, daß es keine staatsfeindlichen Austritte geben werde. Die von den Kommunisten angekündigte Kundgebung auf dem Plac Bankowy wird nicht gestattet.

Wiederkaufsrecht.

Warschau, 29. April. Bei dem Rentengut der Witwe Mayer in Nowe Tuchola beabsichtigte das Bezirksamt in Graudenz von dem Wiederkaufsrecht Gebrauch zu machen. Frau Mayer legte Berufung bei dem Ministerium für Bodenreform ein. Einer der deutschen Abgeordneten intervenierte am 24. April d. Js. den Vizepräses der Hauptlandkommission im Ministerium, den jetzigen Minister Radwan. Am 27. April d. Js. teilte der Minister dem Abgeordneten auf seine neue Anfrage mit, daß die Sache im günstigen Sinne für Frau Mayer von ihm entschieden wäre. Frau Mayer und ihre Kinder werden demnach im Besitze des Rentengrundstücks bleiben.

Verständigung.

Die polnische Presse meldet: „Zwischen der polnischen und der deutschen Regierung ist es, nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur, zu einer Verständigung in der Frage des Grenzverkehrs gekommen. Beide Regierungen haben beschlossen, die Konvention vom 30. Dezember 1924, die den Grenzverkehr erleichtert, von den Parlamenten aber noch nicht ratifiziert wurde, bis zum 1. August d. Js. zu verlängern."

Das Urteil im Krakauer Prozeß.

Gestern fiel im Krakauer Prozeß das Urteil gegen den General Czikiel und seine Mitangeklagten. Das Gericht erkannte den General Czikiel des Vergehens gegen den § 141 des Militärstrafgesetzbuches schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten Festung. Hauptmann Obiedzinski wurde für dasselbe Vergehen zu zwei Monaten Gefängnis und Ausweisung aus dem Heere verurteilt. Das Urteil gegen die Oberleutnants Skarski und Nowakowski lautete auf vier Wochen Haft mit Anrechnung der Untersuchungshaft.

Veränderungen.

Der „Dzień Polski" erfährt, daß Wl. Baranowski, der frühere polnische Gesandte in Konstantinopel, polnischer Gesandter in Bulgarien wurde. Der Gesandte Grabowski aus Sofia wird die Abteilung für Presse und Propaganda im Außenministerium übernehmen.

Die Freundschaft.

Der Botschafter Chłapowski erklärte Briand, daß die polnische Regierung beschlossen habe, auf die letzte Rate der französischen Anleihe, die für Zwecke der Ausstattung des Heeres gewährt wurde, zu verzichten. Im Zusammenhang damit erfährt die polnische Telegraphenagentur aus informierten Kreisen, daß diese Entscheidung der Regierung in Beurteilung der schweren Opfer, die Frankreich zur Ausgleichung seines Budgets und zur Sanierung des Fiskus in dem Bewußtsein bringe, daß es, indem es um die Gesundung seiner Finanzen kämpft, seinen politischen Einfluß in der Welt verteidige. Indem Polen auf den übrigen Teil der französischen Anleihe verzichtet, tut es dieses nach der vorliegenden polnischen Meldung in dem Bewußtsein, daß Polen heute in der Lage ist, sein Verteidigungssystem mit eigenen Mitteln in Bereitschaft zu erhalten.

Osterleben.

Die Osterzeit, in unseren Zonen mit der Frühlingszeit zusammenfallend, atmet wie keine andre im Jahr Leben. Es ist die Zeit, wo neue Kräfte im Leben der Natur sich entfalten, wo im Menschen sich neue Lebenslust regt, wo die Alten und die Kranken noch einmal Leben durch ihre Adern rinnen fühlen. Und auch durch die Botschaft der Kirche klingt in diesen Wochen zwischen Ostern und Pfingsten das Lied vom Leben in tausend Melodien: Es handelt sich nicht nur um das Leben des Auferstandenen selbst, vielmehr handelte es sich um die Auswirkung dieses Lebens in der Gemeinde Christi, in den Jüngern dieses Lebensfürsten.

Es gibt ein zwiefaches Auferstehen, ein Auferstehen des Leibes, aber auch ein Auferstehen der Seele. Denn auch für sie gibt es Todeszustände, mindestens Schlafzustände, aus denen ein Erwachen zum Leben not tut. Wie mancher Mensch hat seine Seele noch kaum entdeckt; sie liegt vergraben unter dem Schutt des Alltags, sie liegt erstorben unter dem Bann der Sünde, der Leidenschaften, der Irrungen des Lebens, und im tiefsten Grunde hungert sie doch vielleicht nach einem Leben, das allein dieses Namens wert ist.

Da will diese Zeit wecken und rufen: Wache auf, der du schläfst! Erhebe dich, o meine Seel! Steh aus dem Grab der Sünden auf und führ ein neues Leben! Der Sinn des Lebens Jesu in den Seinen kann doch nur der sein, daß an ihrem Leben etwas offenbar und wirksam werde von seinem Geist und seiner Art, daß hier Mächte des Guten, Reinen, der Heiligkeit, der Liebe sich zeigen. Der Herr braucht Ostermenschen, die selbst aus dem Tode zum Leben in Gott gekommen sind. Nur in solchen pulsiert Osterleben.

D. Blau-Posen.

Vom Verlauf der belgischen Kabinettskrise

Seit dem Bekanntwerden der belgischen Wahlergebnisse ist die Kabinettsbildung in Belgien noch immer nicht vollzogen. Unsere gestrige Meldung betraf den Versuch der Kabinettsbildung durch den früheren Ministerpräsidenten Grafen Broqueville. Diese Lösung würde höchstwahrscheinlich ein Geschäfts- oder Beamtenkabinett ergeben.

Über den Verlauf der Krise schreibt die „Köln. Ztg." aus Brüssel: Trotz der drängenden inner- und außenpolitischen Fragen zieht sich die Krise noch immer hin, da die Schlagworte aus dem Wahlkampf unter den Parteien fortwirken und die Abgeordneten sich nicht so schnell auf die neue, den meisten doch sehr unerwartet gekommene Lage umstellen können. Die Verteilung der Kammersitze macht es ohne weiteres klar, daß keine Partei allein zur Kabinettsbildung fähig ist. Sowohl die Sozialisten wie die Katholiken sind auf Unterstützung oder zum mindesten wohlwollende Neutralität anderer Gruppen angewiesen. Bisher können sich aber die Parteien noch nicht zu den angesichts dieser Lage notwendigen Zugeständnissen verstehen. Die Sozialisten, deren Stellung am stärksten ist, und deren Führer am leichtesten für den Gedanken einer Koalitionsregierung zu gewinnen sein dürften, fürchten sich vor einem Anwachsen der Kommunisten, die bei den letzten Wahlen in einigen Industriebezirken überraschende Erfolge erzielt haben. Dies zwingt die Parteileitung, den Charakter der Arbeiterpartei stärker zu betonen und den bürgerlichen Gruppen gegenüber mit großer Zähigkeit an einem Mindestprogramm festzuhalten. Der Sozialistenführer Vandervelde hat sich während 16 Tagen ehrlich bemüht, eine tragfähige Mehrheit zusammenzubringen. Dann aber hat er mit unverkennbaren Zeichen der Erleichterung dem König seinen Auftrag zurückgegeben, nachdem die versuchte Sprengung der katholischen Partei mißlungien ist und ihm eine auf anderer Grundlage durchgeführte Kabinettbildung für die Weiterentwicklung seiner Partei in jeder Hinsicht gefährlich schien.

Der König hat sich nunmehr an die katholischen Politiker gewandt und als ersten den früheren Minister und gemäßigten Flamen van der Vyvere zu sich gebeten. Dieser hat aber schon nach wenigen Stunden auf die Kabinettbildung verzichtet. Er erklärte, daß ihm eine Verständigung mit den Sozialdemokraten unmöglich erscheine, nachdem der Wahlkampf in erster Linie mit der Parole: Ausschaltung der Sozialisten! geführt worden ist. Der König wird nunmehr heute abend den früheren Minister des Innern, Poulet, den Arbeitsminister Tschoffen und den Landwirtschaftsminister Baron Ruzette zu sich bitten. Alle drei gehören zur gemäßigten katholischen Richtung, es scheint aber durchaus zweifelhaft, ob einem von ihnen die Kabinettbildung gelingt. Die belgische katholische Partei vereinigt in sich noch viel verschiedenartigere Elemente als das deutsche Zentrum. Sie ist deshalb von links und rechts ständig von Spaltungen bedroht und wird nur mit äußerster Vorsicht den Versuch machen können, ihre widerstrebenden Elemente für die neuen Möglichkeiten zu gewinnen.

Das Ende der Krise ist unter diesen Umständen noch nicht abzusehen. Es fehlt daher nicht an Stimmen, die für eine neue große Koalition sprechen, die man hier als „tripartite" Lösung bezeichnet; und die in einem Kabinett Sozialisten, Katholiken und Liberale vereinigen müßte.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 1. Mai.

Ferienkinder! Landaufenthalt!

Wie im vergangenen Sommer bitten wir auch in diesem Jahr die deutsche Landbevölkerung wieder um einen Ferienaufenthalt für unsere Volksschulkinder. Mit großer Freude und herzlichem Dank können wir feststellen, daß die Teilnahme der Landbewohner für die unterernährten Stadtkinder stetig zunimmt. Darf doch fast die Hälfte der vorjährigen Ferienkinder wieder zu ihren früheren Pflegeeltern zurückkehren; aber für die übrigen Kinder brauchen wir noch dringend Ferienstellen für kleine und größere schwächliche Knaben und Mädchen, sowie auch für solche, die bei der Arbeit helfen können.

Alle Angebote erbitten wir mit nachstehenden Angaben bis zum 20. Mai:

1. Zahl, Alter, Geschlecht und Schlafstätte der aufzunehmenden Kinder;
2. die Art der Arbeit, womit das Kind beschäftigt werden soll;
3. die zu gewährende Pflege;
4. genaue Adresse der Pflegeeltern: Wohnort, Post-, Bahnstation und Bahnstrecke.

Rektor Gutsche, Poznań, ul. Garncarska 7.

Nach der Beschlagnahme des Krankenhauses in Bojanowo.

Der „Orędownik" in Rawitsch berichtet über die Besetzung des Krankenhauses in Bojanowo u. a. folgendes:

Auf Grund eines Beschlusses des hiesigen Kreisgerichts berief der Herr Starost Stelmachowski aus Rawitsch auf den 15. d. Mts. um 14 Uhr die Mitglieder des früheren Krankenhaus-Vereins und jetzigen Polnischen Hospitals in Bojanowo, unter dem Namen des Karol Marcinkowski, zu einer Generalversammlung im Schützenhause ein. Auf der Tagesordnung stand: 1. Beschluß der Statuten, 2. Wahl der Verwaltung. Die neuen Statuten wurden verlesen, angenommen und unterschrieben. In die Verwaltung wurden gewählt: Starosta Stelmachowski als Vorsitzender, Bürgermeister Krawczyk aus Bojanowo als Sekretär, Leutnant Rzóska aus Gołaszyn als Kassierer, Dr. Łuczkowski als Arzt der Verwaltung. Zu Schöffen wurden gewählt: Oberst Szaniecki aus Łaszczyn, Kaufmann Thiele und Postdirektor Boberski aus Rawitsch und Prof. Fiedler aus Bojanowo. Zur Sitzung fanden sich aus Rawitsch über 130 und aus Bojanowo und Umgegend über 90 Mitglieder ein, und daher gebührt ihnen Ehre und Anerkennung in Bürgerpflichten und Sachverständnis.

Bauernregeln für den Mai.

Auf nassen Mai kommt trock'ner Juni herbei. — Regen im Mai gibt fürs ganze Jahr Brot und Heu. — Maientau macht grüne Au'; Maienfröste unnütze Gäste. — Wenn Spinnen fleißig weben im Freien, läßt sich dauernd schön Wetter prophezeien; weben sie nicht, wirds Wetter sich wenden, geschiehts bei Regen, wird bald der Mai enden. — Lassen die Frösche sich hören mit Knarren, wirst du nicht lange auf Regen harren. — Wenn der Froschlaich im Lenz tief im Wasser war, auf trockenen Sommer deutet das; liegt er nur flach oder am Ufer gar, dann wird der Sommer besonders naß. — Pankraz und Urban ohne Regen, bringt dem Weine großen Segen. — Wenn Urban kein gut Wetter hält, das Weinfaß in die Pfütze fällt. — Hat Urban gut Wetter und Vit starken Regen, dann bringts den Bauern großen Segen. — Urban gibt den Rest, wenn Servanz noch was übrig läßt. — Am Urbanstag Regen, für den Winzer kein Segen. — Vor Nachtfröst bist du sicher nicht, bis daß herein Servatius bricht. — Nachdem der Urban pflegt zu sein, so glaubt man, daß gerät der Wein. — Wie das Wetter am Himmelfahrtstag, so glaubt man, auch der Herbst sein mag. — Georgus und Mark's bringen oft Arg's, Servazi, das sind erst drei Lumpazi; oft Urban gar ist streng fürwahr; auch Peter und Paul sind manchmal faul!

s. **Neue Zigarettenmarken.** Binnen kurzem werden in den Verkehr gebracht werden Zigaretten mit Mundstücken, die außer dem Staatswappen und dem Monogramm P. M. T. auf dem Seidenpapier die Fabrikmarken „Ergo", „Grand Prix", „Maden" usw. tragen werden.

s. **Konkurs.** Ueber das Vermögen der Firma „Przemysł Futrzany, Spółka z ogr. odp." in Posen, Schrodkamarkt Nr. 15, ist am 28. April der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Bücherrevisor Stanisław Latanowicz, ul. Mieiżyńskiego 5 (fr. Viktoriastr.), ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 20. Juni.

X **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Freitags-Wochenmarkte herrschte bei bedeutender Warenzufuhr reges Leben. Es wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Butter 1,70—2,00 zł, für die beste Tafelbutter 2,20 zł, für eine Mandel Eier 1,30 zł, für ein Pfund Quark 60 gr, für eine Gans im Gewicht von 8—10 Pfund 5—6 zł, für eine Ente 3—5 zł, für ein Huhn 2—4 zł, für ein Paar Tauben 1,20—1,50 zł, für ein Pfund Speck 90 gr, für ein Pfund Schweine-, Rind- oder Kalbfleisch 0,80—1 zł, für ein Pfund Hammelfleisch 70—90 gr, für ein Pfund Aal 1,50—1,80 zł, ein Pfund Hecht 1,80 zł, das Pfund Karpfen 1,50 zł, ein Pfund Weißfische 40—60 gr. Ferner notierten: ein Pfund Rotkohl mit 40 gr, Weißkohl mit 25—30 gr, das Pfund Spinat mit 30—35 gr, der Kopf Salat mit 30—35 gr, ein Bündchen Radieschen mit 20—25 gr, eine frische Gurke mit 1,50—1,80 zł, eine saure Gurke mit 20 gr, ein Pfund Rhabarber mit 35—40 gr, ein Pfund Zwiebeln mit 35—40 gr, ein Pfund Grünkohl mit 30 bis 40 gr, ein Pfund Kartoffeln mit 6 gr, ein Pfund gemischtes Backobst 60 gr, ein Pfund Backpflaumen 0,90—1 zł.

* **Gogolin, Kr. Bromberg,** 30. April. Am Sonntag nach Ostern fand die Einweihung der Gedenktafeln für die 68 Gefallenen unserer Gemeinde statt. In feierlichem Zuge gingen die Kriegsteilnehmer, voran der Pfarrer, unter dem Gesang „Bis hierher hat mich Gott gebracht", in die Kirche, die mit Girlanden und Tannengrün aufs festlichste geschmückt war. Gäste von außerhalb waren auch zahlreich erschienen. An die Liturgie schloß sich der Weiheakt. Kirchenchor und Schulkinder verschönten die Feier durch mehrere Chöre. Unter dem Gesange der Kriegsteilnehmer „Ich hatt' einen Kameraden" wurden die Tafeln enthüllt. Die Kriegsteilnehmer Stoeckmann-Gogolin und Schmekel-Wiskitno verlasen darauf die Namen unserer lieben Toten, und schöne Kränze wurden am Altar niedergelegt. Die Tafeln sind von der Firma E. Klawonn-Bromberg nach dem Entwurf des Architekten Samulowitz angefertigt. Sie sind ein würdiges Denkmal für unsere Gefallenen.

* **Inowrocław,** 30. April. Der „Kuj. Bote" berichtet: Vorgestern wurde hier von Organen der Staatspolizei ein gewisser Stanisław Sojka aus Luban bei Posen verhaftet. Sojka hatte als Angestellter der Firma Mazurkiewicz an der Kantakastraße in Posen in der Umgegend von Inowrocław im Auftrage seiner Firma größere Geldbeträge einkassiert, dieses Geld aber nicht der Firma abgeliefert, sondern im Verein der Schauspielerin Zuchowska in unserer Stadt verjubelt. Als der Unterschlagung verdächtig wurde auch Frau Zuchowska verhaftet. — Auf Verfügung des Bezirksgerichts wurde gestern ein hier wohnhafter Mann verhaftet, der unter dem Verdacht steht, im Jahre 1919 im Auslande, wo er damals lebte, einen Raubmord verübt zu haben.

* **Schöneck,** 28. April. Die hiesige Wagenbauinnung hat vor einigen Tagen einen bereits 54jährigen Lehrling aus Alt-Fietz unseres Kreises freigesprochen und so zum Gesellen gemacht. Das ist gewiß ein seltener Fall.

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Brockdorff.

(56. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Man konnte die Maske fallen lassen. Man konnte lachen oder weinen, sein Gesicht zur Grimasse verzerren; man konnte die Fäuste ballen und mit den Zähnen aufeinanderknirschen.

Ein lautloses Schluchzen schüttelte sie. Es war wie ein Krampf. Es überfiel sie öfter in diesen seltenen Stunden der Einsamkeit. Heute war es heftiger als je. Sie dachte an ihre Mutter, wie sie ihr das kleine, silberne Kruzifix in die erstarrenden Hände gedrückt hatte und von der Sterbenden mit einem brechenden Dankesblicke belohnt worden war. Sie dachte an Natascha, die nicht aufgehört hatte, ihre Hände und Kleider zu küssen.

Sie hatte Natascha zu den Suwalkoffs geschickt und sie gebeten, kein Wort von der verlorenen Tochter des Hauses Bolkonski zu erwähnen. Sie wußte: Natascha würde schweigen. Natascha würde im Hause der Suwalkoffs ein Unterkommen finden, das sie gegen jede Verfolgung sicher stellte. Und für Marja Petrowna würde Alexander Gregorowitsch Sorge tragen. Oder ihr Bruder Petrowitsch.

Gab es auch für sie irgend einen Unterschlupf?

Feodora Gregorowna drückte die Handflächen gegen die brennenden Augenhöhlen.

Die Mitglieder des Hauses Bolkonski als Geächtete. — Als Bettler vor fremden Türen vielleicht.

Sie lachte laut und spöttisch und schwieg im nächsten Augenblick erschrocken still.

In ihr Lachen hinein hatte ein Laut geklungen. Ein festes, regelmäßiges Klopfen vom Fenster her. Dreimal!

Feodora Gregorowna erhob sich langsam, öffnete das Fenster und beugte sich hinaus.

„Wer ist da?" flüsterte sie hastig.

„Ich bins, Feodora Gregorowna," sagte eine Stimme unter ihr. Eine Stimme, die sie kannte und ihr das Blut der Erregung in die Wangen jagte.

„Alexander Gregorowitsch! — — Ah — so lügt dieser Dserfhinski. So lügen sie alle! — Bleib stehen, Sascha! Rühre Dich nicht! Ich komme, Dich zu holen!"

Sie schlüpfte in ihren Regenmantel, eilte lautlos die paar Stufen hinab, zog den Mann an der Hand mit sich fort, schloß die Türen mit gespenstischer Geräuschlosigkeit hinter sich, schob überall die Riegel vor und atmete hörbar auf, als sie ihn neben sich im verdunkelten Zimmer hatte.

„Sprich leise, Sascha! — — Ich werde kein Licht machen. — Da ist ein Sessel. Daneben steht Tee, Brot und kaltes Fleisch. Du wirst hungrig sein. Du sollst jetzt nicht sprechen! Du sollst essen und schlafen. — Ganz leise sprechen. Dserfhinski hat mich mit der Nachricht von Deiner Verhaftung belügen wollen. Er mißtraut mir also. Wir müssen vorsichtig sein. — Komm, lege Dich auf den Diwan! Wie durchnäßt Du bist! — Wo warst Du die ganze Zeit?"

„Bei Freunden, Feodora Gregorowna! — Ich habe allen Nachricht zu geben versucht. Ich mußte sie warnen."

Sie hatte eine Decke über ihn gebreitet und führte seine Hand zu den Platten mit Speisen und Getränken.

„Sind es viele Freunde, Sascha?"

„Warum fragst Du, Feodora Gregorowna?"

„Weil ich auf meinen letzten Weg eine Hoffnung mitnehmen möchte."

„Auf Deinen letzten Weg?"

„Er ist nicht mehr fern. Ich fühle, wie der Boden unter mir zu schwanken beginnt. Ganz leise schwankt er. Als ob ich über Planken schritte, die langsam morsch werden. Eines Tages werden sie brechen, und ich stürze. — Ich sehe es kommen, Sascha. — Und ich beklage es nicht einmal. Es ist ja im Grunde nichts Beklagenswertes dabei. — — Aber die Hoffnung möchte ich haben —"

„Ja, Feodora Gregorowna. — Es sind viele Freunde, die wir kennen. Und noch mehr, die wir nicht kennen. Hunderttausende, Millionen vielleicht, die beim Klange der Zarenglocke aus dem Boden wachsen werden."

„Ach — die Zarenglocke."

Feodora Gregorowna war aufgestanden. Sie hatte die Arme ausgebreitet und lächelte mit blassen, bebenden Lippen in das Dunkel.

„Wer sie noch einmal hören könnte, Sascha. — Die Zarenglocke! — — Ach — wie haben wir sie gehaßt, die alte Glocke. — Aber wenn sie nun läutet. Es ist ja auch nicht mehr die alte. — — Sie ist mit Blut abgewaschen. Mit unserm Blut und mit Eurem, Sascha."

„Ja, Feodora Gregorowna."

Man hörte das unterdrückte Schluchzen, das die Frau schüttelte. Dann verstummte es. — Feodora Gregorowna sagte mit einer fremden, ruhigen Stimme:

„Ich werde Dich heute abend allein lassen, Sascha! Ich muß in die Oper fahren. Es wird gut sein, wenn ich mich Dserfhinskis Spitzeln zeige. Und dann werde ich Schaljapin hören. Schaljapin in der Rolle des Zaren Boris Godunoff."

Sie begann mit halber Stimme eine Melodie der Moussorgskischen Oper vor sich hinzuträllern. —

Der Frühling war in diesem Jahre zeitiger als sonst. Süß und sehnsüchtig quollen die Düfte der russischen Steppe um die altersgelben Mauern des Kreml, um die pyramidenförmigen Türme, den Wald von Kirchen über der alten Kaiserstadt an der Moskwa.

In den breiten Straßen schien das Leben noch langsamer als sonst zu pulsieren. Eine schlaffe Trägheit lag über diesen verwilderten, langbärtigen und schlechtgekleideten Menschen, die das Straßenbild belebten, über diesen vom Genuß der Wassersuppen und rohen Rüben ausgemergelten Fabrikarbeitern, diesen vom Blutgeruch des Terrors übersättigten Rotgardisten, diesen in Lumpen gehüllten, hohläugigen, von dem Fanatismus einer heiligen Idee erfüllten Aristrokraten. Eine Trägheit, die beinahe einem Aufspeichern der Kräfte, einer Vorbereitung auf den Kampf glich.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 1. Mai.

Die Apotheken in Polen.

Die „Rzeczp." bringt eine Zusammenstellung über die in Polen vorhandenen Apotheken. Insgesamt soll es in Polen 1772 Apotheken geben. Darunter 628 „Normale" Apotheken und 377 ländliche Niederlagen für Arzneien. Die größte Zahl der Apotheken entfällt auf die Wojewodschaft Warschau mit 241, von denen 89 sich in der Stadt Warschau selbst befinden. An zweiter Stelle kommt die Wojewodschaft Lodz mit 173 Apotheken. Die Zahl der ausgebildeten Apotheker beläuft sich auf 3564, darunter 342 approbierte Apotheker, 4 Doktoren der Pharmakologie, 566 Adjunkten, 172 Assistenten, 883 Provisoren, 1114 Apothekergehilfen und 483 Aspiranten. Die meisten Fachapotheker gibt es in Warschau, nämlich 435. Die wenigsten in der Wojewodschaft Polesien, nämlich nur 46. Bemerkenswert ist, daß auf jede öffentliche Apotheke in Polen 15 586 Personen kommen.

X **Mit dem Kinde in den Tod gegangen?** Am Sonntag, dem 26. v. Mts., hat sich aus ihrer Wohnung Feldstraße 17 die 25 Jahre alte Ehefrau Marja Fornalak mit ihrem 1 Jahr 10 Monate alten Töchterchen Wanda entfernt und ist bisher noch nicht wieder zurückgekehrt. Da sie stark nervös war, nimmt man an, daß sie mit ihrem Kinde freiwillig in den Tod gegangen ist. Sie war 1,55 Meter groß, hatte schwarzes Haar, längliches Gesicht und war hager von Gestalt; bekleidet war sie mit einem dunkelgrauen Mantel, schwarzem Sammethut mit weißem Reiher und schwarzen Halbschuhen. Das Kind war dunkelblond und bekleidet mit einem grünen wollenen Mantel, grüner Mütze und braunen Schühchen. Nachrichten über den Verbleib von Mutter und Kind werden an die Kriminalpolizei erbeten.

X **Selbstmord auf den Eisenbahnschienen des Hauptbahnhofs** verübt hat gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr der in einer hiesigen Bank beschäftigte Kaufmann Tadeusz Wróblewski, indem er sich auf der Ostrowoer Strecke vor einen rangierenden Zug warf und so schwer verstümmelt wurde, daß er auf der Stelle starb. Die Ursache zu dieser furchtbaren Tat ist unbekannt. Wróblewski war 58 Jahre alt und unverheiratet.

s. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum Mittwoch wurde, wie der „Dziennik" berichtet, in die Villa des Innenministers Ratajski eingebrochen. Die Villa wird jetzt vom Präsidenten des Verwaltungsgerichts bei der Wojewodschaft, Dr. Czwojdziński, bewohnt. Frau Cz. hörte Geräusch und weckte ihren Gatten, der auf die Einbrecher mehrere Revolverschüsse abgab. Diese sind aber unerkannt unter Mitnahme eines Damen- und eines Herrenmantels entkommen.

X **Diebstahl.** In der Nacht zum 24. v. Mts. sind in Zalesie im Kreise Posen aus einem verschlossenen Schuppen ein Paar schwarze Kutschgeschirre mit weißen Beschlägen, langen Riemen und zwei Zaumzeugen mit Scheuklappen gestohlen worden.

s. **Vom Wetter.** Heut, Freitag, 1. Mai, früh hatten wir nur 5 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonnabend, den 2. 5.: Evang. Verein junger Männer: Um 9 Uhr Wochenschlußandacht.

⩨ **Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein und die Polytechnische Gesellschaft** unternehmen am Sonntag einen Ausflug in die Promnoer Wälder. Abfahrt 7.45 Uhr nach Kostschin. Rückkehr von Pudewitz Ankunft 18.22. Gäste sind willkommen.

* **Bojanowo,** 29. April. In der Nacht zum Mittwoch wurden dem Rentner Grunwald hier 10 Hühner gestohlen. Der Geflügelmarder, der nun schon seit langen Wochen hier, sowie in der Umgegend sein Unwesen treibt und seine Merkmale überall gleich hinterläßt, indem er dem Geflügel den Kopf abschneidet und dem Geflügelbesitzer läßt, scheint sich sehr sicher zu fühlen.

* **Bromberg,** 30. April. Aus Bartschin wurde heute früh der hiesigen Kriminalpolizei gedrahtet, daß bei dem dortigen Kaufmann Popka in der letzten Nacht ein Einbruch mittels Nachschlüssels verübt worden sei. Gestohlen wurde dabei nichts anderes als mehrere Wechsel über insgesamt 40 000 zł. Der Dieb wird wohl versuchen, die Wechsel zu „versilbern".

* **Dirschau,** 30. April. Rittergutspächter Erich Preuß ist infolge der durch die Wiener Konvention festgestellten Rechtslage betreffend die polnische Staatsangehörigkeit nach Polen zurückgekehrt und hat die Bewirtschaftung von Narkau wieder persönlich übernommen. — Dieses ist nach Rückgabe des bereits zur Liquidation bestimmten Rittergutes Czarlin an die frühere Besitzerin Frau v. Wallenberg-Pacholly der zweite Fall, daß durch die genannte Konvention eine Wiederherstellung beanstandeter Besitz- und Staatsangehörigkeitsrechte im Kreise Dirschau erfolgte.

* **Krotoschin,** 30. April. Am Dienstag, dem 21., fand hier das Doppelbegräbnis zweier auf tragische Weise ums Leben gekommener Soldaten des 56. Regiments statt. Der eine war nachts bei einer militärischen Übung vom Besitzer Bernhard, als er als Patrouille dessen Gehöft betrat, erschossen worden. Den anderen hatte ein Pferd, das er halten sollte, beim Scheuwerden zu Tode geschleift.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 30. April. Über einen furchtbaren Selbstmord eines Einbrechers aus unglücklicher Liebe wird berichtet: Der 25jährige Einbrecher Szczepan Ciemniewski in Warschau hatte sich bis über die Ohren in die hübsche Helene Pastuschek verliebt. Sie lebten bereits seit längerer Zeit zusammen. Jetzt kam es nun zwischen beiden zu einem heftigen Streit, worauf die Pastuschek ihre Sachen packte und den Ciemniewski verließ. Als das Mädchen auch am späten Abend noch nicht zurückgekehrt war, geriet der Einbrecher in Verzweiflung. Er nahm eine Rasierschneide eines Gilette-Rasierapparates in den Mund, zerbiß sie und versuchte sie hinunterzuschlucken. Die scharfen Stücke der Schneide blieben ihm jedoch in der Kehle stecken. Er starb nach ungeheurem Blutverlust unter entsetzlichen Qualen. — Bei Podgorze im Kreise Baranowice fanden Kinder ein nichtkrepiertes Artilleriegeschoß. Sie spielten damit und brachten es zur Explosion, wodurch vier von ihnen getötet wurden.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Von den Banken.

△ **Bank Przemysłowców Tow. Akc.** hat am 29. April ihre Generalversammlung abgehalten. Den Geschäftsbericht erstattete der Chefdirektor Dr. Bajoński. Es geht daraus hervor, daß das eigene Vermögen der Bank 12 159 559,74 zł beträgt. Davon wurden dem Aktienkapital 10 500 000 zł und dem Reservefonds 1 659 559,74 zł überwiesen. Die 1000 Mark-Aktie wurde auf 15 zł umvalorisiert. Der Reingewinn in 1924 beträgt 421 744,22 zł, wovon als Dividende nach sonstigen Zuwendungen 50 Groschen für die 1000 Mark-Aktie verwendet werden. Die Bank beschäftigte Ende 1923 1192 Beamte. In 1924 wurden 472 entlassen, gegenwärtig arbeiten also 720 Beamte.

△ **Bank Kwilecki, Potocki i Ska. Sp. Akc.** hat am 27. April eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Die Versammlung leitete Adam Graf Żółtowski, den Bericht erstattete Direktor Stanisław Waszyński. Das ermittelte Vermögen der Bank beträgt 2 792 436,27 zł. Davon wurden überwiesen: dem Aktienkapital 2 400 000 zł, dem satzungsgemäßen Reservefonds 222 548,50 zł, dem Sonderreservefonds 84 944,37 zł, dem Fonds M. Graf Kwilecki und M. von Łyskowski 84 943,40 zł. Die 1000 Mark-Aktie wurde auf 10 zł umvalorisiert.

Von den Aktiengesellschaften.

„Vesta." In dem Termin am 16. April im Landgericht wurde zum Kurator aller derjenigen, die sich vor Ende 1908 auf Leben bei der Versicherungsgesellschaft „Vesta" versichert hatten und deren Policen umvalorisiert werden sollen, entsprechend dem Vermögensstande der Gesellschaft, gewählt Kazimierz Krajna. Zu Vertrauensleuten wurden gewählt die Kaufleute Ksawer Gadebusch, Aleksander Koszewski und Rechtsanwalt Kazimierz Dziembowski aus Posen; zu deren Vertreter der Sejmabgeordnete Karól Rzepecki, Regierungsrat Franciszek Laurentowski aus Posen und der Direktor Franciszek Kaczmarek aus Kobylepole. Das Vermögen der „Vesta" soll derart sein, daß sie die Police mit 15 Prozent wird umvalorisieren können. („Dziennik.")

Centrala Rolników Sp. Akc. zahlt für das Geschäftsjahr 1924 10 Groschen Dividende für die 1000 Mark-Aktie.

Von den Märkten.

Holz. Bromberg, 30. April. Notierungen der Holzbörse in Złoty: Fichtenbretter 23 Millimeter, 7 Meter Länge 100, trockene Fichtenbretter 42 Millimeter und 7 Meter durchschnittliche Länge, 40 Zentimeter Breite 90, Buchenbalken 100 und 130 Millimeter, 25 Zentimeter durchschnittliche Breite 72.25, Fichtenrundholz 18, Fichtenklötze von 30 Zentimeter am dünneren Ende, durchschnittliche Länge 10 Meter 28, Fichtenklötze von 30 Zentimeter am dünneren Ende mit 5 Meter Länge 37, Fichtenklötze von 30 Zentimeter, 5.50 Meter Länge 106.50, Fichtenbretter 23.50 Millimeter stark und 6.50 Meter lang 106.50, Fichtenbretter 42 und 35 Millimeter diesjähriger Abholzung 100.

Leder und Häute. Wilna, 29. April. Engrospreise: Leichtes Leder 12 (für 16 Kg.), schweres 13, Rohchrom 5 zł, leichtes Sohlenleder 90 Cts. für 1 Kilo, mittleres 80 Cts., schweres 86 Cts., Chrom 1. Sorte 30 Cts. pro Quadratfuß, 2. Sorte 25 Cts. (bei 2- bis 3½monatigen Krediten).

Produkten. Bromberg, 30. April. Engrospreise für 100 Kilo loko Bromberg. Weizen 35—37, Roggen 31—32.50, Braugerste 29—31, Hafer 27.50—28.50, Roggenkleie 22.50.

Danzig, 30. April. Amerik. Weizenmehl Nelson 10.50, Ponoko 10.50, Grand Prix 10.45, Pomeland 10.40, Titanic 10.70, Alaska 10.45, Preise in Dollar für 100 Kilo franko Waggon Danzig. Burmareis II 16.3 sh. für 50 Kilo franko Waggon Danzig.

Lodz, 30. April. Die Tendenz ist in Lodz für Getreide wie auch für Mehl schwach. Roggen 35, Weizen 42, Gerste 35, Hafer 35—34.50, Roggenkleie 25.50, Weizenkleie 23—24, Kalisches Weizenmehl 1. Sorte (für 82 Kilo) 50, Roggenluxusmehl 46.50, „0000" Roggenmehl 45.50, „000" Griesmehl 43, Zduńska Wola und Sieradzer Weizenmehl 1. Sorte 48, Luxusroggenmehl 45.50, „0000" Roggenmehl 43.50, Roggenmehl Nr. 1 60proz. 40, aus den allernächsten Provinzen Weizenmehl 48, 55proz. Roggenmehl 40, Griesmehl 36, Posener und Pommereller 60proz. Roggenmehl (für 100 Kilo) 49, Weizenmehl 1. Sorte 60, Danziger Mehl für 100 Kilo Weizenmehl 58, Amerik. Nelson für 63.5 Kilo 39, Manitoba 50 Kilo 31.

Rowno, 30. April. Grenzroggen 35, Gerste 30, Speisekartoffeln 8, Süßheu 18, gewöhnliches Stroh 12.

Vieh und Fleisch. Bromberg, 30. April. Engrospreise für 1 Kilo totes Gewicht loko Bromberg: Rind 1. Sorte 1.20—1.28, 2. Sorte 1.0, 3. Sorte 0.70—0.83, Kalb 1. Sorte 1.10—1.16, 2. Sorte 0.84, 3. Sorte 0.70, Schweine 1. Sorte 1.30—1.43, 2. Sorte 1.24—1.26, 3. Sorte 1.16—1.20, Hammel 1. Sorte 1—1.20. Geschlachtet wurden in der Zeit vom 25.—28. April: 96 Rinder, 200 Kälber, 372 Schweine, 59 Schafe, 2 Ziegen und 3 Pferde.

Lublin, 29. April. In der Zeit vom 20. bis 25. April laufenden Jahres wurden im städtischen Schlachthof 167 Rinder, 41 Färsen, 566 Kälber, ein Schaf und 452 Schweine geschlachtet. Gezahlt wurde für 1 Kg. Lebendgewicht: Rind 0,60, Schweine 1,03.

Metalle. Berlin, 30. April. Für 1 Kg.: Hüttenrohzink im freien Verkehr 0,68—0,69, Remelted Plattenzink 0,61—0,62, Orig.-Aluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 98—99proz. 2,35—2,40, in Barren gewalzt und gezogenen Drahtbarren mind. 99proz. 2,45—2,50, Reinnickel 98—99proz. 3,45—3,50, Antimon Regulus 1,08—1,10, Platin 15—15,50.

Kattowitz, 29. April. Engrospreise für 1 Tonne loko Hütte: Stabeisen 200, Universaleisen 265—279, Formeisen 200—222, dünne Bleche 280—297,50, starke Bleche 250—265, Roheisen 150, für 100 Kg. franko Verladestation, Stabeisen 24—26,50, Formeisen 24 bis 28,50, dünnes Blech unter 1 mm 34,50—37,15, von 1—4 mm 31—33,50, über 4 mm starkes Blech 30—32, starkes Blech 29—32.

Berlin, 30. April. Märkischer Weizen 245—248, märkischer Roggen 215—219, Gerste 238, Futter- und Wintergerste 197—208, Märkischer Hafer 202—211, Weizenmehl 29½—34, Roggenmehl 28¼—29¼, Weizenkleie 15, Roggenkleie 15,8—16, Raps 395, Leinsamen 385, Viktoriaerbsen 22—27, Felderbsen 20—22, Futtererbsen 19—20, Peluschken 19—21, Feldbohnen 19—20, Wicken 19—21, blaue Lupinen 10—12, gelbe 11½—14½, Serradella 14—16, Rapskuchen 15—15,30, Leinkuchen 12,20—12,60, Kartoffelflocken 19,30 bis 19,80.

Chikago, 29. April. (Schlußbörse.) Weizen Hartwinter Nr. 4 loko 149, für Mai 152¼, Juli 141¾, September 134¼, Roggen für Mai 107½, Juli 105½, September 99¾, Mais für Mai 106, gelber Mais loko Nr. 2 107¼, weißer Mais Nr. 2 105¼, gemischter Mais Nr. 4 100½, für Juli 109¾, September 109. Hafer für Mai 40¼, weißer loko 41½, für Juli 42, September 42¾, Malting-Gerste loko 78—88. Frachten unverändert. Tendenz beständig.

Hamburg, 30. April. Notierte Ziffern für 100 Kg. in hfl. Tendenz fest. Weizen: für April, Mai: Manitoba 1. Sorte 17,40, 2. Sorte 17, 3. Sorte 16,50, Rosafe 16,20, Baruso 16,10, Hartwinter II 16,45. Roggen: Tendenz fester. Western Rye II April-Mai 11,90, Mai 12,80.

Börsen.

⩨ **Berliner Börse** vom 30. April. (Amtlich.) Helsingfors 10.557—10.597, Wien 59.05—59.19, Prag 12.425—12.465, Budapest 5.881—5.901, Sofia 3.06—3.07, Holland 168,44—168.86, Oslo 68.84 bis 69.02, Kopenhagen 78.10—78.30, Stockholm 112.31—112.59, London 20.337—20.387, Buenos Aires 1.613—1.617, Neuyork 4.195 bis 4.205, Belgien 21.26—21.32, Mailand 17.19—17.23, Paris 21.87 bis 21.93, Schweiz 81.28½—81.48½, Spanien 60.67—60.83, Danzig 80.675—80.875, Japan 1.763—1.767, Rio de Janeiro 0.448—0.450, Jugoslawien 6.79—6.81, Portugal 20.275—20.325, Riga 80.30 bis 80.70, Reval 1.117—1.123, Kowno 41.345—41.555, Athen 7.89 bis 7.91, Konstantinopel 2.227—2.237.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	1. Mai	30. April
4% Pos. Pfandbr. (Vorkriegs-)	30.00	—.—
3% Pos. Pfandbriefe Lit. A u B	25.00	—.—
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	—.—	7.60
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	0.71	—.—
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	2.60	2.60
5% Pożyczka konwersyjna	0.49	0.49
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	7.75	7.75
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. exkl. Kup.	—.—	10.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	4.00	4.00
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	3.00	3.00
Industrieaktien		
R. Barcikowski I.—VII. Em. exkl. Kup.	—.—	0.80
H. Cegielski I.—X. Em.	25.00	—.—
Centrala Skór I.—V. Em. exkl. Kup.	2.00	2.00
Goplana I.—III. Em.	7.50	—.—
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.00	1.00
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	4.50	4.50
Hurt. Związkowa I.—V. Em.	—.—	0.15
Hurtownia Skór I.—IV. Em.	0.70	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	4.25	4.25
Juno I.—III. Em.	—.—	0.50
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	115	115
Dr. Roman May I.—V. Em.	25.00—25.50	25.00
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	0.40	—.—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	0.60	0.60
„Unja" (vorm. Bentzki) I.—III. Em. exkl. Kupon	6.25—6.00	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.35	0.35

Tendenz: unverändert.

⩨ **Der Złoty am 30. April.** **Danzig:** Złoty und Überweisung Warschau 99.50—100, **Berlin:** Überweisung Warschau, Posen oder Kattowitz 80.47½—80.87½, **Wien:** Überweisung Warschau 136.40, **Prag:** 646.50—652.50, Überweisung Warschau 648.25—654.25, **Bukarest:** Überweisung Warschau 43.20, **Riga:** Überweisung Warschau 102.

⩨ **Warschauer Börse** vom 30. April. Zinspapiere: 8proz. staatl. Konvers.-Anleihe 1925 22.00, 6proz. Dollaranleihe 1919/20 58.00, 10proz. Eisenbahnanleihe 90.00, 5proz. staatl. Konvers.-Anleihe 50.00, 4½proz. Anleihe 1914 25.10, 4½proz. Anleihe bis 1918 12.50, 5proz. Vorkriegsanleihe 1914 19.00, 4½proz. Anleihe 1920 0.45, 5proz. Vorkriegsanleihe Lodz 13.75, 6proz. Anleihe Lodz 1917 6.50. — Bankwerte: Bank Dyskontowy Warschau 6.80, Bank Handlowy Warschau 6.30, Bank dla Handlu i Przem. 1.00, Bank Przem. Lemberg 0.29, Bank Zachodni 1.65, B. Z. Z. P. 2.60, Bank Sp. Zarobk. Posen 9.09. — Industriewerte: Strem 10.00, Chem. Zgierz 0.80, Brow. Browery 1.00, Siła i Światło 0.30, Chodorow 3.90, Czersk 0.52, W. T. F. Cukru 2.90, Firley 0.42, Kop. Węgli 2.30, Bracia Nobel 2.10, Cegielski 0.44, Pfitzner i Gamper 3.40, Lilpop 0,73, Modziejowski 4.05, Norblin 0.92, Ostrowiecki 5.80, Parowoz 0.67, Rutzki 1.50, Starachowice 2.53, Ursus 1.70, Zawiercie 15.60, Żyrardow 9.00, Borkowski 1.47, Bracia Jabłkowscy 0.18, Haberbusch i Schiele 5.60, Cmielow 0.35, Kluczewska F. Pap 0.37.

⩨ **Krakauer Börse vom 30. April.** Przemysłowy 0.27, Sp. Zarobk. 10.00—10.25, Tohan 0.25, Zieleniewski 10.80, Cegielski 0.50, Trzebinia Zel. 0.40—0.42, Górka 16.30, Elektrownia 0.16, Krakus 0.65, Chodorow 3.95—4.05, Chybie 4.25—4.30, Piasecki 1.50 — Nichtnotierte Werte: Jaworzno (100) 13.20 (25) 13.40—13.50, Lokomotywy 0.51.

⩨ **Ostdevisen.** Berlin, 29. April. Freiverkehr. Kurse für je 100 Einheiten. **Auszahlung** Warschau 80.425 G. 80.825 B., Bukarest —.— G., —.— B., Riga 80.40 G., 80.80 B., Reval 1.112 G., 1.118 B., Kowno 41.295 G., 41.505 B., Kattowitz 80.425 G., 80.825 B., Posen 80.425 G., 80.825 B. — Noten: polnische 80.05 G., 80.85 B., lettische 79.70 G., 80.50 B., estnische —.— G., —.— B., litauische —.— G., —.— B.

⩨ **Wiener Börse vom 30. April. (In 1000 Kronen.)** Austr. Kol. Państw. 308.2, Kol. Półn. 8687, Kol. Lwów-Czern. 194, Kol. Połudn. 46, Brow. Lwowskie 106, Bank Hipot. 7, Bank Małopol. 4, Alpiny 376, Siersza 45, Zieleniewski 161, Tepege 17—17.5, Krupp 162,5, Huta Poldi 919, Skoda 1418, Rima 116,5, Fanto 188, Karpaty 130,5, Galicja 1060, Nafta 138, Lumen 5.4, Schodnica 160, Goleszow 430, Mrażnica 42—4.

⩨ **Züricher Börse vom 30. April.** (Amtlich.) **Neuyork** 5.16, London 25, Paris 26.96, Wien 72.65, Prag 15.30, Mailand 21.14, Belgien 26.20, Budapest 72.10, Sofia 3.77, Holland 207.15, Oslo 84.60, Kopenhagen 95.80, Stockholm 138.25, Spanien 74.35, Bukarest 2.33, Berlin 122.82½, Belgrad 8.33.

⩨ **1 Gramm Feingolde bei der Bank Polski für den 1. Mai** 3.4781 zł. (M. P. Nr. 100 vom 30. 4. 25.)

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 1. Mai 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

(Ohne Gewähr.)

Weizen	35.00—37.00	Hafer	27.00—29.00
Roggen	30.50—31.50	Seradella (neue)	13.00—15.50
Weizenmehl (65% inkl. Säcke)	54.00—57.00	Wicken	23.00—25.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	38.50—40.50	Peluschken	22.00—24.00
Roggenmehl II. Sorte (65% inkl. Säcke)	42.50—44.50	Blaue Lupinen	9.00—10.50
Braugerste	29.50—31.50	Gelbe Lupinen	11.50—13.50
Felderbsen	21.00—24.00	Klee, roter	180.00—240.00
Viktoriaerbsen	28.00—32.00	„ schwedischer	100.00—130.00
Buchweizen	24.00—26.00	„ gelber	60.00—70.00
Weizenkleie	20.50	„ weißer	200.00—260.00
Roggenkleie	22.50	„ ungereinigter	24.00—28.00
Eßkartoffeln	5.00	Senf	40.00—42.00
Fabrikkartoffeln	4.30	Stroh, lose	2.00—2.20
		Stroh, gepreßt	3.00—3.10
		Heu, lose	4.75—5.75
		Heu, gepreßt	7.20—8.20

Feld- und Viktoriaerbsen, Wicken, Peluschken, Lupinen, Klee, Senf, Stroh und Heu blieben unverändert. — Ausgewählte Sorten Eßkartoffeln über Notierungen. Marktlage im allgemeinen unverändert.

Städtischer Viehmarkt vom 1. Mai 1925.

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 71 Rinder, 825 Schweine, 250 Kälber, 210 Schafe, zusammen 1347 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilo Lebendgewicht:

Kälber: Mittelmäßig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 80, weniger gemästete Kälber und gute Säuger 64—68, minderwertige Säuger 50—54.

Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 68.

Schweine: Vollfleischile von 120 bis 150 Kg. Lebendgewicht 116—118, vollfleischige von 100 bis 120 Kg. Lebendgewicht 112, vollfleischige von 80 bis 100 Kg. Lebendgewicht 106, fleischige Schweine von mehr als 80 Kg. 90—96, Sauen und späte Kastrate 90—104.

Marktverlauf: ruhig.

Für alle Börsen und Märkte wird von der Redaktion keinerlei Gewähr oder Haftpflicht übernommen.

Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen, 28. April. Der Bureaubeamte Artur Paszek, der im Januar 1924 in Lwówek (Neustadt) tätig war und außer einem Fahrrad eine halbe Million Mark, Eigentum der Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Opalenitza, unterschlug, wurde, wie der „Dziennik" mitteilt, von der 4. Strafkammer zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

s. Posen, 27. April. Die 1. Strafkammer hat das Urteil des Friedensgerichts gegen den Chauffeur Józef Kaczmarek wegen Diebstahls eines Paares Lackstiefel zu 10 Monaten Gefängnis bestätigt.

Sport und Spiel.

= Morgen, Sonnabend, findet auf dem Sportplatz des K. S. „Poznania" ein Fußballwettspiel zwischen dem Armeemeister 3. pułk Lotn. Ławica gegen die 1. „Unja"-Mannschaft statt. Beide Mannschaften sind nach „Warta" die spielstärksten in unserem Bezirk, daher dürfte der Kampf sehenswürdig sein.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

A. H. in P. Restkaufgelder können, wenn eine Einigung zwischen beiden Parteien auf gütlichem Wege nicht zu erzielen ist, vom Gericht bis zu 60 Prozent aufgewertet werden. Einzelne Gerichte setzen den Wert des Restkaufgeldes heut entsprechend dem heutigen Werte des Grundstücks fest. Wir können Ihnen eine ziffernmäßige Bewertung des Restkaufgeldes mithin nicht angeben. Die Zinsen sind mit 5 Prozent von der aufgewerteten Summe zu errechnen.

C. M. 38. Sie werden am besten tun, sich mit einem hiesigen Speditionsgeschäft in Verbindung zu setzen und durch dieses die Ausfuhr bewirken zu lassen, da es ganz ausgeschlossen ist, daß Sie bei einer Reise nach Deutschland die Gegenstände etwa als Passagiergut mitnehmen können.

E. H. in R. Die ziffernmäßige Angabe der Kosten einer Auflassung können wir Ihnen nicht machen. Jedenfalls raten wir Ihnen, die Auflassung, nachdem Sie diese endlich durchgesetzt haben, nun auch durchführen zu lassen. Allzu hoch werden die Kosten nicht sein.

W. St. in Kl. Wir halten jeden Widerspruch für zwecklos, um so weniger, als die Festsetzung durchaus angemessen erscheint. Zu einer brieflichen Beantwortung liegt nicht der geringste Anlaß vor.

K. M. in W. Die nicht gezahlten Zinsen in Höhe von 5 Prozent sind der Hypothek, d. h. für 1½ Jahre mit 1500 Mk. zuzuschreiben und wie diese mit 15 Prozent aufzuwerten, d. h. mit 225 Goldmark oder 276,75 zł. Ueber die neuen Zinsen kann eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner stattfinden. Die Höchstgrenze der Jahreszinsen beträgt heut 24 Prozent.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 2. Mai.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 4 Uhr Jugendbühne „Die Geschwister. Abends 8,30 Uhr Kammermusik.

Breslau, 418 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 5—6 Uhr Unterhaltungsmusik. Abends 8,30 Uhr Moderne Kammermusik.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8—9 Uhr Bunter Abend.

Münster, 410 Meter. Abends 8,30 Uhr Konzert.

Stuttgart, 443 Meter. Abends 8—9 Uhr Solistenabend.

Zürich, 515 Meter. Abends 8,45 Uhr Violinkonzert.

Rom, 425 Meter. Abends 8,30 Uhr Konzert.

Geschäftliche Mitteilungen.

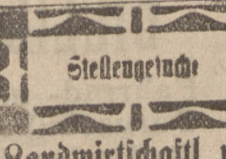
= Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt für die Post-Auflage ein Prospekt der Firma Paul Seler, Posen, ul. Przemysłowa 23, bei, betreffend: „Monopol", Universal-Walzen-Schrot- und Quetschmühle. Wir machen auf diesen Prospekt empfehlend aufmerksam.

= Auf die hier als leistungsfähig bekannte Firma S. Kaczmarek, Posen, ul. 27 go Grudnia 20, für Korsetts und Damenwäsche, Strickwaren usw. weisen wir hiermit empfehlend hin. Näheres siehe Anzeige.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtlich in Poznań.

Arbeitsmarkt



Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, vorm. 10: Gottesd. D. Greulich. — 11½: Kindergottesd. Ders. — **Luisenhain.** Sonntag, 3: Gottesd. D. Greulich. —

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend 6¼: Wochenschlußgottesdienst Haenisch. — Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst. Haenisch. — 11½: Kindergottesdienst. Ders. —

St. Paulikirche. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst D. Staemmler. — 11¼ Uhr Beichte u. Abendm. Ders. 11½: Kindergottesd. D. Staemmler. Montag vorm. 7½: Wiederbeginn der Morgenandachten. Dienstag 5: Missionsgottesdienst. Missionssuperintendent D. Kolbecker aus China. — Mittwoch, fällt Bibelstunde aus. Amtswoche. D. Staemmler.

Morasko. Sonntag, 10: Gottesdienst: P. Pich. —

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Sonntag, 9½: Gottesdst., 11 in Rawitsch: Predigtgottesdienst mit Abendmahl Hoffmann. — Mittwoch, 8: Kirchenchor. Donnerstag, 3½: Frauenverein.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 12: Kindergottesd. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst Rhode. Danach Kindergottesdienst. Bibelstunde statt Mittwoch Freitag, d. 8. Mai, 6 Uhr.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. Brummack. 11½: Kindergd. Ders. — Dienstag, 6: Bibelstunde. — 8: Kirchenchor. — Freitag, 8 Uhr Wochengottesdienst. — Wochentags 7¼: Morgenandacht. —

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8 Uhr Aus der Chronik des Vereins. — 9½ Uhr Abendandacht. — Montag, 7: Stenographie — 8: Posaunenchor-Übungsstunde — Mittwoch 8: Gustav-Adolf-Abend, Donnerstag, 7: Stenographie; 8: Posaunenchor-Übungsstunde. — Sonnabend, 6: Turnen; 8½ Uhr: Wochenschluß-Andacht.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschluß-Gottesdienst. P. Sarowy. — Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst. Ders. —

Christliche Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag 5½: Jugendbundstunde E. C. 7 Uhr Evangelisation. — Freitag, abend 7 Uhr: Bibelbesprechungsstunde. — Jedermann herzlich eingeladen.

Gemeinde gläubig getaufter Christen. (Baptisten ul. Przemysłowa 12. Sonntag, 10 Uhr: Predigt. Prediger Lenz-Lodz. — 11½ Uhr Sonntagsschule. — Nachm. 3: poln. Predigt. — Nachm. 4½: Predigt. Predig. Lenz-Lodz. — Mittwoch, abend 7½ Gebetstunde. — Freitag, abend 7½: poln. Gebetstunde.

Standesamt Berlin 8.
Nr. 387.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Fleischer **Alfred Holzheim,** wohnhaft in **Berlin,**
2. die **Paula Heymann,** ohne Beruf, wohnhaft in **Berlin,** vorher in Szamocin (Samotschin),

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung hat in den Gemeinden Berlin und Szamocin (Samotschin) zu geschehen.

Etwaige Einsprüche sind bei dem Standesamt 8 in Berlin zu erheben.

Berlin, den 29. April 1925.

Der Standesbeamte.

Beyer.

Dr. Luther über die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Erhaltung der Produktionsmöglichkeit. — Bildung von Sparkapital. — Steuerbelastung. — Facharbeiternachwuchs. — Aufwertung. — Die Stabilisierung der Reichsmark.

In seiner Rede auf dem Industrie- und Handelstag sagte Dr. Luther u. a.: „Die lebenswichtigsten Fragen für die deutsche Wirtschaft sind die der **Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit.** Die Produktionsmöglichkeiten sind gehemmt auf der einen Seite durch ungenügendes Betriebskapital und auf der anderen Seite durch Produktionsbedingungen, die das Arbeiten von vornherein vielfach als unwirtschaftlich erscheinen lassen. Den Absatzmöglichkeiten nach dem Ausland steht vielfach der mangelnde Wille des Auslands entgegen, deutsche Waren zur Bedürfnisbefriedigung über die Grenzen zu lassen, oder, soweit guter Wille vorhanden ist, verhindern die Preise in Deutschland, deutsche Waren im Konkurrenzkampf mit dem ausländischen auf Auslandsmärkten abzusetzen. Für die Absatzmöglichkeiten im Inland ist das größte Hindernis die geringe durchschnittliche Kaufkraft der Gesamtbevölkerung. Allen diesen Schwierigkeiten mußte zu Leibe gegangen werden. Und das ist auch geschehen und geschieht weiter. Dazu muß wiederum einerseits die deutsche Wirtschaft selbst in Ausnutzung ihrer großen inneren Schöpferkraft ihr ganzes Können hergeben und zum anderen muß es gelingen, durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Wirtschaft und Verwaltung die Hemmungen zu beseitigen, die heute noch einer vollen Entfaltung der Wirtschaft entgegenstehen.

Für die Eigenbetätigung der Wirtschaft stehen im Vordergrund die Fragen der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes, damit der Stärkung der Konsumkraft aller Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch der für die Industrie als Abnehmerin so wichtigen Landwirtschaft, deren immer stärkere Intensivierung für die deutsche Landwirtschaft ja von größter Bedeutung ist. Die Wirtschaft muß nach den ungesunden Zeiten der Inflation den Weg zurück zu einer sparsam und doch jeden technischen Fortschritt ausnützende Führung der Geschäfte finden, wobei insbesondere der Grundsatz wieder voll zu Ehren kommen muß, daß es sich bei den Kalkulationen um Pfennigbeträge handelt. Die Notwendigkeit, andererseits auf die Verbraucher Rücksicht zu nehmen und ihre Kraft zu stärken, bedeutet nicht nur Stärkung der Kaufkraft, sondern hier liegt zugleich der Angelpunkt, um zur Bildung von Sparkapital zu kommen. Es wird auch bei Ihnen nicht auf grundsätzlichen Widerspruch stoßen, wenn ich ausspreche, daß die Bildung von Sparkapital in der Hand der Verbraucher nicht vernachlässigt werden darf, um neben der Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals aus den Preisen auch durch Ersparnisse Betriebskapital zu schaffen. Der Wunsch, möglichst schnell wieder in den Besitz eines großen Eigenkapitals zu kommen, ist gewiß vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus verständlich, zumal angesichts der hohen Zinssätze für fremdes Kapital. Aber diese hohen Zinssätze hängen ihrerseits wieder zusammen mit dem Mangel an Sparkapital.

Es wird also, nachdem der produktiven Wirtschaft die notwendigsten Grundlagen durch Wiederherstellung eines Teils des eigenen Betriebskapitals zurückgewonnen sind, ein **gleichmäßiges Voranschreiten auf der ganzen Linie der Kapitalbildung der empfehlenswerteste Weg zu einer allgemeinen fortschreitenden Besserung sein.**

Die Reichsregierung ihrerseits muß der Wirtschaft Hilfsstellung gewähren. Alle Sorgen der Wirtschaftskreise sind ja auch Sorgen der Reichsregierung. Hier kommen besonders auch solche Fragen in Betracht, bei denen es sich um eine Ausbildung unseres wirtschaftlichen Nachwuchses handelt. Hierher gehört zum Beispiel die Frage des Nachwuchses an ausgebildeten Facharbeitern.

Voraussetzung für alles ist, daß zwischen den Mächten der Politik und den Mächten der Wirtschaft ein Zustand gegenseitigen Vertrauens besteht. Die Wirtschaft muß sich überzeugt halten, daß die Reichsregierung ihr Möglichstes tut, um das, was sie von der Wirtschaft fordert, so sparsam und nutzbringend wie möglich zu verwenden und dadurch auch die Last der Wirtschaft herabzusetzen. Die deutsche Regierung ist in dieser Beziehung in einer doppelten Zwangslage, weil sie außer den Bedürfnissen des eigenen Volkes auch noch **die Reparationslasten aus der Wirtschaft herausziehen muß.**

Ein Hauptgegenstand der Sorge in den Wirtschaftskreisen ist zurzeit **die Belastung durch die Steuern,** und zwar nicht nur durch die Steuern des Reiches, sondern auch durch die Steuern der Länder und Gemeinden. Ich erkenne dabei an, daß die Belastung, die bisher auf der deutschen Wirtschaft gelegen hat, **in vielen** Einzelfällen ein unerträgliches Maß angenommen hat. Die gewiß hohe Besteuerung, die bis jetzt besteht, war aber unvermeidlich, um das Ziel der Stabilisierung der Währung durchzuführen, durch dessen Erreichung, wie Ihr Herr Präsident anerkannt hat, überhaupt erst die Grundlagen für einen Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens geschaffen worden sind.

Ein weiterer Gegenstand großer Sorge der gesamten Wirtschaft ist **die Frage der Aufwertung.** Auch in dieser Frage liegen die Gesetzentwürfe der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vor, und ich hoffe, daß ihre baldige und möglichst unveränderte Annahme der Wirtschaft die Beruhigung bringt, ohne die ein gesundes Wirtschaften nicht möglich ist.

Eine dritte große Sorge der Wirtschaft und der Reichsregierung ist **die Frage der künftigen Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland.** Wir müssen einen Mittelweg finden.

Nun lassen Sie mich noch ein Wort zur **Währungsfrage** sagen. Gerade in den letzten Tagen sind wieder Gerüchte verbreitet worden, die das Gespenst einer neuen Inflation an die Wnad malen. Derartige Machenschaften, sei es zu welchem Zweck auch immer, sind verbrecherisch und für die ganze Nation von ungeheurem Schaden. **Die deutsche Währung, unsere Reichsmark, ist dank den Maßnahmen der Reichsbank vollkommen gesichert.** Die Reichsbank hat es in der Hand, den Wert der Mark stabil zu halten, und wird es tun. Wenn diese Überzeugung von der absoluten Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Mark Gemeingut geworden ist, und damit alle Versuche, den Glauben an die Mark zu erschüttern, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, dann wird es auch der Reichsbank möglich sein, in stärkerem Umfange berechtigten Wünschen der Wirtschaft zu entsprechen. Nichts wird mehr eine Krediterweiterung und eine schrittweise Herabsetzung der Zinssätze erleichtern, als der feste Glaube an den Wert der Mark. Dabei wird die Reichsregierung auch ihrerseits nicht müde werden, durch Verhandlungen mit der Reichsbank und der Bankwelt dafür zu sorgen, daß das Geld in Deutschland billiger wird. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mitzuarbeiten; die günstigen Folgen werden sich dann für die Wirtschaft bald zeigen.

Dr. Luther wandte sich dann den Fragen der großen Außenpolitik zu, über die wir bereits in anderem Zusammenhang sprachen. Jedenfalls wird Deutschland auch unter Hindenburg eine unveränderte Außenpolitik treiben.

Um die Kabinettskrise in Preußen.

Auflösung und Neuwahl?

Der abermals gewählte preußische Ministerpräsident Braun hat es nicht leicht mit der Kabinettsbildung. Nach wie vor hat er eine starke Gegnerschaft aus den Parteien, die ihm zum erstenmal das Mißtrauensvotum aussprachen.

Andererseits läßt sich aber eine gewisse Milderung der Stimmung erkennen. Man ersah dies sowohl aus den Reden des Zentrumsführers als auch aus den Worten des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. v. Campe. Den Hauptstreitpunkt bildet die Person des Innenministers Severing.

Da es kaum scheint, daß man zu einer Einigung kommt, ist es höchst wahrscheinlich, daß nach Ablehnung eines Vertrauensvotums die Landtagsauflösung erfolgt. Der in Preußen zurzeit allgewaltige Severing erklärt, daß er alles für Neuwahlen vorbereiten lasse.

Zur Amtseinführung und Vereidigung des Reichspräsidenten.

Berlin im Flaggenschmuck.

Berlin, 1. Mai. Der Magistrat der Reichshauptstadt hat beschlossen, am Tage der Vereidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg die öffentlichen Gebäude in den Farben des Reiches und des Freistaates Preußen zu beflaggen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats stimmten nicht gegen den Antrag.

Dr. Schiele bei Hindenburg.

Berlin, 1. Mai. Reichsminister Dr. Schiele, der gestern in Hannover eingetroffen ist, hatte nachmittags eine mehrstündige Unterredung mit Hindenburg, in der laut „Lok.-Anz." die Einzelheiten der Einführung des Reichspräsidenten in sein Amt festgelegt wurden. Dem genannten Blatt zufolge legt Hindenburg größten Wert darauf, die Feierlichkeiten der Amtsübernahme so einfach wie möglich zu gestalten.

Danksagung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall von Hindenburg erläßt folgende Danksagung:

Allen den vielen, die meiner gelegentlich der Präsidentenwahl freundlich gedacht haben, kann ich nur auf diesem Wege meinen herzlichen, tief empfundenen Dank sagen, weil ich anderweitig sehr beansprucht bin.

Deutsches Reich.

Dr. Marx an Hindenburg.

Berlin, 1. Mai. Der Reichskanzler a. D. Dr. Marx hat folgendes Schreiben an Hindenburg gerichtet: Das deutsche Volk hat Eure Exzellenz zum Reichspräsidenten gewählt. Es entspricht dem Geiste echter Demokratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt, treu zu der Mehrheit des Volkes steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Eurer Exzellenz meinen aufrichtigsten Wunsch und die Hoffnung auszusprechen, daß unter Ihrer Präsidentschaft das deutsche Volk die innere Ruhe und den äußeren Frieden finden möge, wonach unser aller Streben geht.

Möge der eingeleitete wirtschaftliche Gesundungsprozeß zum Segen von Volk und Reich ungestört fortschreiten. Möge die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens in wahrhaft demokratischem und sozialem Geiste jene Krankheitserscheinungen heilen, die der Krieg und Deutschlands Zusammenbruch hinterlassen haben, und somit die sittliche Reinigung unseres Volkes beschleunigen. Möge es unserem deutschen Volke vergönnt sein, auf dem eingeschlagenen Wege der internationalen Verständigung in Frieden und Wohlfahrt recht bald wieder die Stellung einzunehmen, auf die es dank seiner Fähigkeiten und seinen Leistungen Anspruch hat.

Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich Eurer Exzellenz ergebener

Marx, Reichskanzler a. D.

Neue Luftverkehrslinien.

Berlin, 1. Mai. Sir Robert Edwards vom englischen Luftschiffamt hatte gestern nachmittag eine mehrstündige Besprechung im Reichsverkehrsministerium. Der Besuch Sir Edwards in Berlin gilt, wie die Londoner „Times" am Mittwoch melden, der Schaffung eines ständigen Luftverkehrs zwischen Großbritannien und Deutschland und einer internationalen Luftverbindung England—Konstantinopel über Hamburg—Berlin—Breslau.

Reparationsbestellungen.

Berlin, 1. Mai. Bei zwei Firmen der Elektrizitätsbranche sind Anfragen der französischen Regierung eingegangen, die eine große Anzahl Aufträge für Reparationskonto betreffen. Auch der Görlitzer Waggonfabrik liegen französische Bestellungen auf Reparationskonto vor.

Die schwere wirtschaftliche Lage.

Berlin, 1. Mai. Die wirtschaftliche Depression zeigt sich in sechs Konkursen am gestrigen Tage, darunter zwei Textilgroßhandlungen, deren Gesamtpassiva 3/4 Millionen Mark betragen.

Ein Nachruf.

Der Separatistenführer Smeets.

In der „Rhein. Ztg." lesen wir:

„Wir haben zu dem Tode des jüngst verstorbenen Separatisten Smeets nichts geschrieben, weil wir den Mann in seiner ganzen Unfähigkeit und lächerlichen Bedeutungslosigkeit kannten. Es ist aber doch interessant, zu erfahren, was ein angesehenes Blatt der französischen Demokratie, „Ere Nouvelle", über Smeets schreibt: „Wenn nun die Persönlichkeit des Joseph Smeets noch rätselhaft bleibt, so besteht doch kein Zweifel über die Ursachen der separatistischen Bewegung, deren eifrige Triebfeder er war. Nicht im Rheinlande, sondern in den Bureaus unseres Quai d'Orsay wurde diese dumme und für den Frieden gefährliche Kampagne beschlossen und organisiert. Die Anregung gab Maurice Barrès, der schon im Februar 1915 die Frage des linken Rheinufers angeschnitten hatte, und General Mangin, Poincaré, der selten die Gelegenheit zu einer Dummheit versäumte, gab dazu seinen Segen. Niemals hat man eine so groteske, lächerliche und schmähliche Kampagne erlebt, wie diese. Über das, was hinter den Kulissen vorging, mußte uns die belgische Presse informieren. Auf diese Weise erfuhren wir, daß die Begleitung des Joseph Smeets auf seinen Propagandareisen aus zusammenwürfelten, verdächtigen Elementen bestand, die in den Kaschemmen und Bordells von Brüssel angeworben waren. Unser Freund Jules Uhry enthüllte den Skandal im Parlament. Das separatistische Unternehmen endete kläglich in einem Aschermittwochskater; für Frankreich aber wird es eine Schande des Nationalen Blocks bleiben."

Um den Sicherheitspakt.

„L'Echo de Paris", 28. April, schreibt:

„Die Formel, die zurzeit England und Deutschland zusammenbringt, ist das Abernon-Stresemann-Abkommen, auf dessen Schattenseiten wir zuerst hingewiesen haben. Wird das Kabinett Painlevé ihm zustimmen? Nach seiner ersten Erklärung im Parlament hat es fast den Anschein. Sie läßt aber auch vermuten, daß England und Deutschland uns morgen noch weniger zugestehen werden als heute. Wir möchten wirklich wissen, ob denn dieses Prospekt immer noch „besser ist als nichts". Kluge Köpfe bezweifeln es.

Die Verfasser der Regierungserklärung sind der Ansicht, daß, wenn Deutschland erst einmal in die Genfer Organisation aufgenommen und durch deren Bestimmungen fest genug gebunden sei, der gegenseitige Sicherheitspakt in seinen für uns bedenklichen Punkten verbessert oder neutralisiert werden könne. Das ist eine seltsame Illusion. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird nur dessen Struktur zu unserem Schaden verändern, ohne daß dadurch der Sicherheitspakt in seinen für uns ungünstigen Punkten verbessert wird. Er wird es Deutschland ermöglichen, das Maximum von Vorteilen zu erlangen und die schrittweise Revision des 1918/19 geschaffenen Statuts durchzusetzen. Zugleich werden die für uns unentbehrlichen Allianzen (gemeint sind die Oststaaten. Red.) unterhöhlt oder unmöglich gemacht werden. So sieht die bevorstehende Entwicklung aus, wenn wir den Dingen ihren Lauf lassen.

Aus anderen Ländern.

Der Botschafterrat mit andauernder Verzögerung der Entscheidung.

Rotterdam, 1. Mai. Der „Courant" drahtet aus Paris: In der neunten Abendstunde wurde den französischen Pressevertretern eine Information aus dem Botschafterrat zugestellt, wonach die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage weitere Rückfragen notwendig gemacht hat. Die Botschafterkonferenz tritt am Sonnabend wieder zusammen.

Der nationale Wille der Türkei.

Genf, 1. Mai. Der „Matin" meldet aus Angora: Bevor die türkische Nationalversammlung 73 Millionen Dollar für den Bau einer Kriegsflotte und Kriegsluftflotte bewilligte, gab die Regierung wichtige Erklärungen über den militärischen Ausbau der Türkei ab. Es ist der Bau von 15 Großschiffen und 33 andere Einheiten vorgesehen. Der Premierminister erklärte weiter unter dem Beifall des ganzen Hauses: Unser Ziel ist, daß wir durch äußere und innere Reformen und durch militärische Hilfsleistungen die Großmacht wieder werden, als die die Türkei Jahrhunderte hindurch geachtet war.

Abermalige Stockung der Handelsvertragsverhandlungen.

Genf, 1. Mai. Das Pariser „Journal" schreibt, daß eine abermalige Stockung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen eingetreten ist. Das neue Kabinett Painlevé habe sich auf den Boden der Vorbehalte für einen Teil der elsässischen Ausfuhr nach Deutschland gestellt. Die nächste Sitzung der Delegationen ist am Montag.

Hindenburgs Persönlichkeit über aller Kritik.

Rotterdam, 1. Mai. Die Londoner „Times" berichten in ihrer Mittwochausgabe zu dem Abschluß der Veröffentlichungen der Pressestimmen des Auslandes über die deutsche Präsidentenwahl folgende bemerkenswerten Sätze: „**Alle Pressestimmen außerhalb Deutschlands über den neuen Reichspräsidenten gehen darin einig, daß sie sich jeder Kritik an der Persönlichkeit Hindenburgs enthalten.**"

Protest der deutschen Regierung.

Straßburg, 1. Mai. Gegen den Rheinregulierungsbeschluß der Straßburger Rheinkommission wird die deutsche Delegation, die sich der Stimme **enthalten hat, den Einspruch der deutschen Regierung herbeiführen.**

In kurzen Worten.

Die „Los Angeles", die erst am Freitag von ihrem Bermudasflug zurückgekehrt ist, wird schon in allernächster Zeit wieder einen Fernflug unternehmen. Als Ziel des nächsten Fluges ist Portoriko in Aussicht genommen. Der Start zu diesem Fluge dürfte bereits in der nächsten Woche erfolgen.

*

Auf der Schelde stieß der deutsche Dampfer „Isis" mit dem amerikanischen Dampfer „Innoko" zusammen. Dem amerikanischen Schiff wurde ein großes Loch unterhalb der Wasserlinie gestoßen, so daß es sofort auf Grund gesetzt werden mußte. Die „Isis" wurde am Bug schwer beschädigt und mußte nach Antwerpen zurückkehren, um dort in einem Trockendock ausgebessert zu werden.

*

In Wien ist der vormalige Sektionschef des früheren Ministeriums des Äußern Dr. Jetter-Ettenach im 80. Lebensjahre gestorben; er gehörte mehr als 40 Jahre dem Außenministerium an.

*

Nach einer Meldung aus Neuyork hat der Autoverkehr in den Straßen Neuyorks gegenüber dem Vorjahre um 29 Prozent zugenommen. Die Gesamtziffer der augenblicklich im Betrieb befindlichen Autos übersteigt 352 000. Davon sind 272 000 Personen- und 80 000 Lastwagen.

*

In der Zementwarenfabrik von Hantrick in Naumburg brach ein großer Brand aus, der auf die angrenzende Faustsche Maschinenfabrik übersprang und sie mit allen Maschinen, Modellen, Halb- und Fertigfabrikaten in Asche legte. Auch die angrenzende Rohproduktengroßhandlung Beyer u. Mühl wurde durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen.

*

An Stelle des zu anderweitiger Verwendung abberufenen bisherigen deutschen Generalkonsuls in Petersburg, Keßler, ist der bisherige Ministerialrat im Bureau des Reichspräsidenten, Dr. Karl Walter, zum Generalkonsul in Petersburg ernannt worden. An seine Stelle in Bureau des Reichspräsidenten ist der Legationsrat im Auswärtigen Amt von Erdmannsdorff berufen worden.

*

Eine zweite Denkschrift über den Personalabbau ist dem deutschen Reichstage zugegangen. Danach sind insgesamt 144 198 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden. Der reine Abbau beträgt somit nach dem Stande vom 1. Oktober 1923 insgesamt 24,5 Prozent. Bei den Beamten beträgt der Abbau 13,3 Prozent, bei den Angestellten 68,7 Prozent und bei den Arbeitern 38,5 Prozent.

*

Nach einer Meldung des „Daily Chron." aus Kirkwall hat die Polizeibehörde der Orkney-Inseln erklärt, daß das Gerücht von der Auffindung von deutschen Leichen in einem in Scapa Flow gehobenen Torpedoboot vollständig unbegründet sei.

*

Der Präses des Kirchenrates der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staat, Prof. Dr. Krüß, ist nach längerer Krankheit im 73. Lebensjahre gestorben.

Letzte Meldungen.

Die Lage in Aegypten.

Kairo, 1. Mai. In einer von 300 Rechtsanwälten unterzeichneten Denkschrift, welche König Fuad überreicht wurde, wird erklärt, daß die beiden Ministerien Ziwar Paschas eine Reihe von Verstößen gegen die Verfassung begangen hätten.

Um die deutschen Eisenbahntarife.

Rotterdam, 1. Mai. Die Londoner „Evening Times" melden aus Berlin: Die von der Reichsregierung abgelehnte Erhöhung der deutschen Gütertarife wird nach Ansicht führender Kreise des Verwaltungsrates doch nicht zu umgehen sein. Die Reichsbahngesellschaft verfügt über keine größeren Reserven und die vom Reiche zugestandene 10prozentige Erhöhung der Personentarife deckt kaum 45 Prozent des insgesamt 80 Millionen Mark betragenden Defizits der Reichsbahn.

Allmählich Ruhe in Portugal.

Rotterdam, 1. Mai. Die „Morningpost" meldet aus Lissabon: Admiral Pedro von der portugiesischen Kriegsflotte wurde wegen Hochverrat und Meuterei verhaftet. In Oporto amtieren wieder Kriegsgerichte.

Für die herzliche Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Sohnes und Cousins

Bernhard Klose

danken wir den Herren Beamten und Angestellten des Deutschen Generalkonsulats, sowie der zahlreichen Gefolgschaft, der Geistlichkeit und besonders **Pater Kempf** für die herzlichen Worte am Grabe.

Frau Anna Klose.
Cousin Paul Artel, Warmbrunn.

Posen, den 1. Mai 1925.